Wer kommt denn da sein Kind abholen?

Eine Orientierung im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Kindertagesstätten

Impressum

Herausgeber:
Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung

www.bildungswerk-boell.de

Die Broschüre ist digital verfügbar unter: www.bildungswerk-boell.de/de/publikationen

Konzept und Realisation: Kathrin Schlieter, Sabine Preuß

Texte: Kathrin Schlieter

Redaktion: Sabine Preuß

Die sprachliche Gleichstellung von Frauen und Männern ist uns wichtig. Wir verwenden im Text abwechselnd männliche und weibliche Bezeichnungen. Gemeint sind mit ihnen jeweils alle Menschen.

Gestaltung und Illustration: Isabel Wienold www.iwi-design.de

Druck: PinguinDruck, Berlin

Copyright: Sabine Preuß, Kathrin Schlieter, Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung

Berlin 2014

Diese Publikation wurde realisiert mit Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin, Umverteilen! Stiftung für eine solidarische Welt Berlin, Netzwerk Selbsthilfe e.V. Berlin

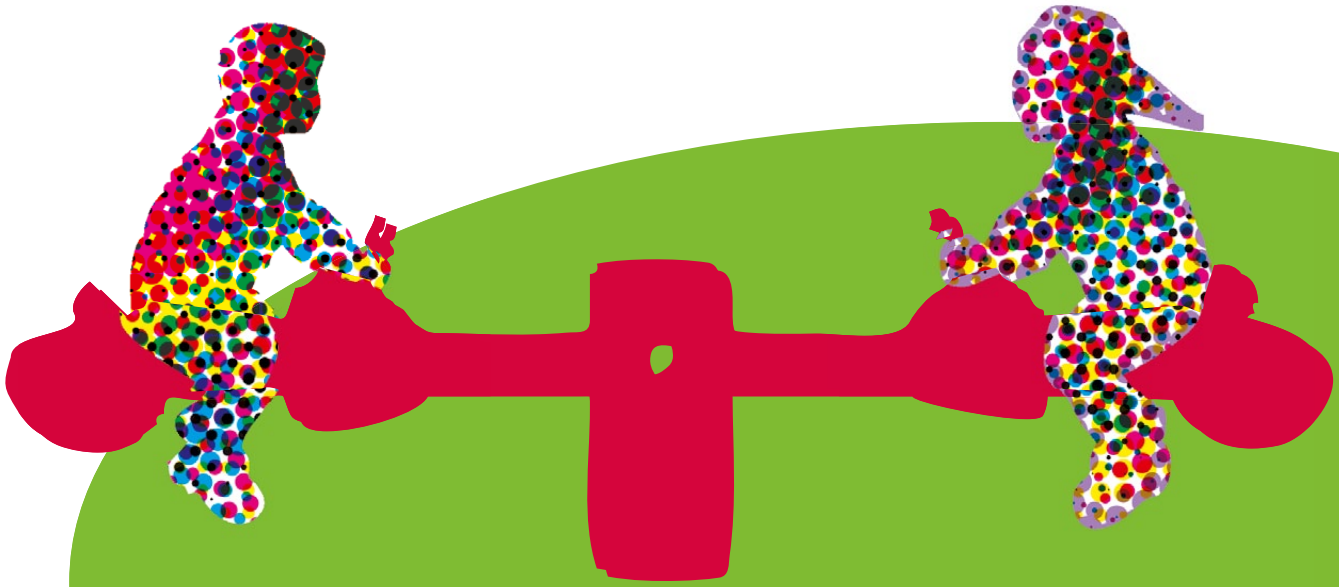
LOTTO STIFTUNG BERLIN

Umverteilen! Stiftung für eine solidarische Welt

NETZWERK der politische Förderfonds

Wer kommt denn da sein Kind abholen?

Eine Orientierung im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Kindertagesstätten



Bildungswerk Berlin
der Heinrich-Böll-Stiftung

Frauenbeirat Pankow

Der Frauenbeirat vertritt die Interessen von Frauen im Bezirk, setzt sich für die Gleichstellung von Frauen und Männern und für die Verbesserung ihrer Lebenssituation ein. Der Beirat berät das Bezirksamt Pankow, informiert und schafft Öffentlichkeit für wichtige Themen. Im Beirat arbeiten Pankower Bürgerinnen, Vertreterinnen von Frauenprojekten, Verbänden und Parteien zusammen – unabhängig, überparteilich, ehrenamtlich.

Die Arbeitsgruppe „Engagement gegen Rechts“ des Frauenbeirates Pankow arbeitet zum Thema „Rechtsextreme Frauen und Familien“ und führt in Kooperation mit anderen Berliner Projekten und Trägern Veranstaltungen, Ausstellungen und Fortbildungen durch.

Inhaltsverzeichnis

1. *Wer kommt denn da sein Kind abholen?* 6

   Einleitung

2. *Wissen, mit wem man es zu tun hat* 8

   Rechtsextreme Kleidung, Symbole und Styles

3. *„Sorgen Sie dafür, dass mein Kind nicht mit den Bimbos spielt!“* 13

   Strategien gegen ausgrenzende, abwertende und rassistische Äußerungen

4. *Belastungsprobe* 15

   Rechtsextreme Familien im Kindergarten

5. *„Kümmerer“ und „Beschützer“* 19

   Engagement von Rechts im Umfeld von Kindertagesstätten

6. *Ist das schon Rassismus?* 22

   Wenn Eltern oder Kollegen „fremdeln“

7. *Wer erzieht denn hier?* 24

   Rechtsextreme Mitarbeiterinnen

8. *Rückenstärkung für Couragierte* 27

   Was bringen Leitbilder und Hausordnungen?

9. *Was braucht das Team?* 30

   Hilfen für die Mitarbeiterinnen

10. *Bei uns sind alle willkommen!* 31

    Pädagogische Konzepte der Vielfalt und Inklusion

11. *Anhang* 32

    Quellenangaben

    Beratungsnetzwerke der Bundesländer

    Literatur zum Weiterlesen

Danksagung 35

1. Wer kommt denn da sein Kind abholen?

Einleitung

Aus vielen jugendlichen Skinheads der 90er Jahre sind Eltern geworden, der Anteil von Frauen und Müttern in der rechten Szene ist gestiegen. Das Thema Rechtsradikalismus ist damit in den Kindertagesstätten angekommen. Erzieherinnen, Kinder und Eltern sind auch immer wieder mit alltäglicher Fremdenfeindlichkeit konfrontiert, mit abwertenden Äußerungen und ausgrenzenden Verhaltensweisen, die sich überall in unserer Gesellschaft finden.

„Sorgen Sie dafür, dass mein Sohn nicht mit den Bimbos spielt!“ - Solche und ähnliche Sprüche müssen sich Erzieher anhören. In einigen Einrichtungen arbeiten Fachkräfte mit Kindern, denen zu Hause vermittelt wird, dass es richtig ist, „Ausländerkinder“ oder „Behinderte“ zu schikanieren. Mancher Vater geht in rechter Szenekleidung in der Kita ein und aus oder tut seine Gesinnung über aggressive Sprüche kund. Manche anderen Eltern kommen zu den regulären Abholzeiten nicht mehr ins Haus, um diesem Vater nicht zu begegnen. Erzieherinnen stehen in der Regel dazwischen, müssen den richtigen Ton, die richtigen Worte finden im Gespräch, versuchen dem Kind zuliebe einen Balanceakt zwischen einer Erziehungspartnerschaft mit schwierigen Eltern und einer Grenzziehung da, wo es Not tut.

Ein Nazi in unserer Kita? – Die erste Reaktion auf bestimmte Beobachtungen ist häufig Unsicherheit, wie man das Beobachtete überhaupt einordnen kann: Ist das bloß ein Sprücheklopfer oder ein organisierter Rechter? Ist eine bestimmte Bemerkung schon Rassismus oder sind wir überempfindlich, wenn wir uns daran stören? Fallen solche Sprüche unter die Meinungsfreiheit? Und was kann ich tun, wo bekomme ich Unterstützung?

Häufig müssen Einrichtungen reagieren, obwohl sie noch nicht wissen, mit wem sie es eigentlich genau zu tun haben: Mancher nette, engagierte Vater entpuppt sich als Funktionär einer rechtsextremen Organisation, der bei politischen Auftritten hasserfüllte Reden schwingt. Ein anderer klopft in der Kita aggressive rassistische Sprüche, hat aber gar kein geschlossenes rechtes Weltbild, sondern grenzt sich vehement von „Nazis“ ab. Und gerade rechte Frauen werden häufig unterschätzt, obwohl sie immer wieder versuchen, im Umfeld von Familien, Kindern und Jugendlichen Einfluss zu nehmen.

> *„Die ‚Hoyerswerda-Generation‘, die fremdenfeindlichen Jugendlichen, die Anfang der 90er Jahre traurige Berühmtheit erlangten, sind ihrem Credo ‚Deutschland den Deutschen – Ausländer raus‘ zum großen Teil treu geblieben. Viele davon sind inzwischen Eltern geworden.“*
>
> Danilo Starosta, Kulturbüro Sachsen

Das Thema Rechtsextremismus ist ein Tabu-Thema. Viele Menschen reagieren darauf mit Abwehr oder Angst, andere sorgen sich um das Image ihres Ortes oder ihrer Einrichtung. Auch Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind Themen, die viele verlegen und unsicher machen: Vielleicht war es gar nicht böse gemeint? Werde ich für „politisch korrekt“ gehalten, wenn ich reagiere? Doch wo Sprücheklopfer bestimmte Menschen beleidigen oder ausgrenzen, muss man ihnen eine Grenze setzen. Das folgt schon aus dem pädagogischen Auftrag, in der Kita eine Atmosphäre zu schaffen, die allen Kindern Bildung und Teilhabe ermöglicht. Und wo Extremisten sich straff organisieren, sollten sich andere Menschen vernetzen und gut miteinander reden.

Wir haben bei der Recherche Fachkräfte kennen gelernt, die sich gegen rechte Äußerungen und Botschaften gewehrt haben und damit Erfolg hatten. Sie haben dabei die Erfahrung gemacht, dass es auch persönlich gut tut, sich eine Position zu bilden und für die Vorstellungen, die man von der eigenen Arbeit hat, auch einzutreten. Es hilft, sich im Team auszusprechen, sich Bündnispartner ins Boot zu holen. Und auch Öffentlichkeit kann unter bestimmten Bedingungen eine Hilfe und ein Schutz sein.

Foto: Starosta K büro 2009

Radikale Botschaften machen vor Kinderspielplätzen nicht Halt

Die Idee für diese Broschüre entstand im Frauenbeirat des Berliner Bezirkes Pankow, wo wir nach Bekanntwerden des NSU-Skandals begonnen haben, uns mit Aktivitäten von rechten Frauen im Bereich Kita und Familie zu beschäftigen. In Kooperation mit der Pankower Gleichstellungsbeauftragten, der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR), dem Berliner Projekt ElternStärken und der Pankower Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus [moskito] haben wir eine Fortbildungsreihe für Fachkräfte zum Thema veranstaltet.

Wir haben zum Thema Rechtsextremismus und Alltagsrassismus in Kindertagesstätten bundesweit recherchiert, mit Fachkräften, Menschen mit Beratungserfahrung und Eltern gesprochen. Dabei haben wir unterschiedliche Erfahrungen, Meinungen und Fallbeispiele zusammengetragen, die wir hier als Handreichung für ähnliche Situationen darstellen, als Anregung für Erzieher, aber auch für Eltern, die selbst aktiv werden wollen. Heraus aus dem Schweigen - das ist der erste wichtige Schritt, dem andere folgen werden.

Kathrin Schlieter und Sabine Preuß

„Im Vergleich zu den Neunzigern ist es vielerorts selbstverständlicher geworden, dass Leute sich gegen Rechts behaupten und dass auch pädagogische Einrichtungen Position beziehen. Damit sind einzelne Rechtsextreme eine deutlich geringere Gefahr als früher."

Rainer Spangenberg, RAA Brandenburg

„In unserer Kita treffen Welten aufeinander: Wir haben Eltern mit fremdenfeindlichen Einstellungen und wir haben Kinder aus Flüchtlingsfamilien. Und damit müssen wir irgendwie umgehen."

Kita-Leiterin

„Das ist doch nicht schlimm, dass das Kind gestorben ist, es war doch behindert und hatte sowieso kein Lebensrecht."

Kindergarten-Kind

Um unsere Gesprächspartner zu schützen und laufende Beratungen nicht zu gefährden, haben wir alle Informationen und Beispiele anonymisiert.

2. Wissen, mit **wem** man es zu tun hat

Rechte Kleidung, Symbole und Styles

„Bei uns in der Gegend wohnen etliche Rechtsextreme und es gab auch schon Übergriffe. Mein Alptraum ist, wenn eine rechte Familie erst mal bei uns in der Kita drin ist, dass dann zehn andere nach kommen. Ich möchte gern besser erkennen können, mit wem ich es zu tun habe und gewappnet sein."

Erzieher

Glatze, Springerstiefel, Bomberjacke – den Neonazi der neunziger Jahre konnte man meist auf den ersten Blick erkennen. Heute dagegen gibt es eine verwirrende Vielfalt rechtsextremer Kleidungsstile und Erkennungszeichen. Nur ein Teil der Szene tritt noch mit aggressiven Parolen auf dem T-Shirt oder martialischen Tattoos auf. Viele moderne Rechte kleiden sich modisch-athletisch oder bürgerlich-seriös, andere wirken auf den ersten Blick fast wie linke Autonome. Der uniformierte Look von früher ist inzwischen unter vielen Rechten verpönt. Man sucht Anschluss an den gesellschaftlichen Mainstream und an andere Subkulturen, die als schick und modern gelten.

Zudem hat die rechtsextreme Szene auf staatliche Verbote reagiert und ist häufig auf Zeichen und Symbole ausgewichen, die nicht strafbar sind. Man schätzt, dass es weit über 100 Symbole und Zeichen mit Bezug zur Szene gibt. Viele davon sind Codes, die eine rechtsextreme politische Orientierung eher verschlüsselt zum Ausdruck bringen.

In Gesprächen und Fortbildungsveranstaltungen äußerten Erzieherinnen Unbehagen über dieses „Verwirrspiel". Sie möchten gern wissen, welche Botschaften in die Einrichtung getragen werden – offen oder verdeckt – und was in der künftigen Zusammenarbeit mit solchen Eltern vielleicht noch auf die Kita zukommt. Dazu muss man heute hinschauen und sich informieren, wofür bestimmte Zeichen, Marken oder Kleidungsstile stehen. Im Internet und in Broschürenform gibt es dazu verschiedene Zusammenstellungen. (→ Anhang)

Nicht alles, was auf den ersten Blick martialisch wirkt, ist rechtsextrem. Andererseits steckt aber hinter manchem unauffälligen Kleidungsstück eine menschenverachtende Botschaft: Ein T-Shirt etwa mit dem Aufdruck „168:1" wirkt harmlos, vielleicht sportlich. Doch wer im Internet nach dieser Zahlenkombination sucht, erfährt, dass damit der Sprengstoffanschlag verherrlicht wird, den der amerikanische Rechtsextreme Timothy McVeigh 1995 in Oklahoma verübte. Die 168 Todesopfer des Anschlags stehen dabei einem hingerichteten Attentäter gegenüber. Aus der Sicht von Menschen, die solche T-Shirts tragen, ist 168:1 eine positive Bilanz. Wer dagegen wegen seiner Herkunft oder Lebensweise „ins Feindbild" dieses T-Shirt-Trägers passt, empfindet es als Zumutung, wenn jemand in diesem Shirt in der Kita seines Kindes ein und aus geht.

Ein rechtes Outfit ist oft ein Test: Wird es akzeptiert, dass ich hier so herumlaufe? Man trägt sozusagen ein Stück rechtsextremes Programm auf seiner Haut. Das ist häufig auch Teil einer Strategie von Rechten, in ihrem Nahraum Einfluss zu nehmen. Diese Kleidung ist Teil eines menschenverachtenden Programms und da sollte man schon sagen, das wollen wir hier nicht haben.

Helga Hanusa, Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus

Foto: Agentur für soziale Perspektiven Berlin

Verschlüsselte Botschaften

Erzieher möchten eine Atmosphäre schaffen, in der sich alle Kinder, Eltern und Mitarbeiter wohl und angenommen fühlen. Mehrere Erzieherinnen äußerten daher, dass sie Outfits, die man aus der rechten Szene kennt, in der Kita nicht akzeptabel finden. Wenn Marken aber nicht nur von Rechten, sondern auch von anderen Menschen getragen werden, wie kann man dann dagegen argumentieren? Wenn Rechtsextreme auf Codes, Sprüche oder Symbole ausweichen, die nicht strafbar sind, hat man dann überhaupt eine Handhabe dagegen? Wenn der Vater mit den martialischen T-Shirt-Aufdrucken sich bis jetzt nicht rechtsextrem geäußert hat, soll man ihm dann wegen seiner Kleidung zu nahe treten?

Kita als Schutzraum oder Angstraum?

Eltern möchten eine Kita als sicheren Ort wahrnehmen können. Schließlich geben sie dort täglich ihre schutzbedürftigen Kleinkinder ab. Eltern ausländischer Herkunft etwa verstehen schnell, gegen

Auf einer Tasche, die Eltern ihrem Kind regelmäßig mit in die Kita gaben, war der Schriftzug einer in rechtsextremen Kreisen beliebten Marke zu sehen. Die Leiterin sagte den Eltern, sie wisse um die Bedeutung dieser Marke und habe ein Problem mit solchen Botschaften. Die Eltern wollten sich auf kein Gespräch darüber einlassen, wofür diese Marke genau steht. Sie gaben dem Kind danach aber eine andere Tasche mit.

Fallbeispiel aus einer Kindertagesstätte

„Ein Kind hatte am Kopf ein kleines Hakenkreuz einrasiert. Wir haben die Eltern darauf angesprochen. Am nächsten Tag war das Zeichen abrasiert.“

Fallbeispiel aus einer Kindertagesstätte

Fällt Kleidung aber nicht unter Meinungsfreiheit?

Wenn Kleidungsstücke oder Symbole Botschaften transportieren, durch die Rechte und Freiheiten anderer Menschen eingeschränkt werden oder die Atmosphäre in der Einrichtung vergiftet wird, sollte man sich dem entgegenstellen.

wen sich Audrucke wie „Whitepower“ richten. Sie wissen auch, dass viele Rechtsextreme mit Menschen, die nach ihrem Weltbild minderwertig sind, nicht zimperlich umgehen. Zudem erzeugen auch verschlüsselte Symbole ein Gemeinschaftsgefühl unter Menschen mit rechtem Weltbild, die sich dadurch gestärkt fühlen. Spätestens wenn mehrere Personen in solchem Aufzug in der Kita aus- und eingehen, kann der Schutzraum Kita für andere Eltern zum Angstraum werden.

Wegen der Vielfalt der Kleidungsstile und Zeichen kann es für den Umgang damit keine Patentrezepte geben. Aus der besonderen Situation einer Kindertagesstätte ergeben sich aber einige Fragen, die im Einzelfall als Entscheidungshilfe dienen können:

- Welche Botschaft wird hier genau transportiert, wie wirkt das auf andere?
- Welches Signal senden Sie als Team an andere Eltern, wenn Sie nichts unternehmen? Wird die Abwertung bestimmter Menschen damit „salonfähig“?
- Dient dieser Kleidungsstil als Verständigungsmittel mehrerer Eltern ähnlicher Gesinnung, die die Kita als ihr „Revier“ betrachten?

Wie sag ich's?

- Wenn Sie im Team zu dem Schluss kommen, dass Sie solche Kleidung in der Kita nicht akzeptieren können, sollten Sie das den Eltern gegenüber klar, aber höflich begründen. Eva Prausner vom Berliner Projekt ElternStärken empfiehlt beispielsweise, bei einem T-Shirt mit aggressiver Botschaft so zu argumentieren:
  „Wir haben uns im Team darüber unterhalten, welche politischen Botschaften hier in die Kita getragen werden. Und ich möchte Ihnen da jetzt nicht zu nahe treten, Ihnen steht ja frei, was sie privat anziehen. Aber ihr T-Shirt bringt eine Botschaft zum Ausdruck, die wir in der Kita nicht akzeptieren können. Dieses T-Shirt wird auch gern in der rechtsextremen Szene getragen. Ich weiß nicht, ob Ihnen das bewusst ist und möchte Ihnen da auch nichts unterstellen. Aber wir müssen hier alle Eltern und Kinder im Blick haben. Deshalb möchten wir Sie bitten, dass Sie das hier in der Kita nicht offen sichtbar tragen, sondern zum Beispiel eine Jacke drüberziehen."

- Machen Sie deutlich, dass Sie und das betreffende Elternteil ein gemeinsames Anliegen haben: Sie wollen weiterhin bei der Erziehung des Kindes gut zusammenarbeiten.

- Bleiben Sie höflich und professionell. Grenzen Sie den Betreffenden nicht aggressiv aus. Das kann dazu führen, dass andere Eltern ihn verteidigen. Trennen Sie zwischen der Person, die Sie als Partner bei der Erziehung wertschätzen und einer Botschaft, die Sie in der Kita nicht akzeptieren können.

- Lassen Sie durchblicken, dass Sie sich informiert haben, wofür dieses Kleidungsstück oder Symbol genau steht. Unterstellen Sie bei Marken, die nicht ausschließlich von Rechtsextremen getragen werden, aber erst einmal nicht, dass die Person selbst rechtsextreme Botschaften verbreiten will.

- Legen Sie sich vorher eine Formulierung zurecht, mit der Sie souverän wieder aus dem Gespräch herauskommen, falls Ihr Gegenüber gar nicht mit sich reden lässt, z.B.:
  „Wir können das jetzt nicht ausdiskutieren. Sie können sich das ja noch mal überlegen und dann vereinbaren wir noch mal einen Termin mit der Geschäftsführung unseres Trägers."

- Wenn Sie sich unsicher fühlen, üben Sie vorher in einem Rollenspiel mit einem Kollegen oder einer Freundin. Das hilft, die eigene Argumentation zu finden und sich freizusprechen.

- Nennen Sie nicht namentlich einzelne Eltern, die Ihnen anvertraut haben, dass sie Angst haben.

Fremde stören hier!

Rassismus im Alltag

Voller Selbstgerechtigkeit, aber auch Selbstmitleid, erhebt der Rassismus im Alltag die eingelebte Normalität zur Norm, „wie es sich gehört". Hier stören die „Anderen", die „Fremden", zum Beispiel die Flüchtlinge, die kommen und bleiben. Häufig wird das Gefühl des Gestörtseins als unverdient und ungerecht empfunden. Die wahrgenommene Andersartigkeit der Anderen wird als Ausdruck ihrer Kultur verstanden und ein Zusammenleben erscheint für beide Seite schwierig, wenn nicht unmöglich.

Der „kulturelle" Rassismus wird zum „biologischen" Rassismus, wenn die sozialen Verhaltensweisen ursächlich durch angeborene Eigenschaften erklärt werden. Äußere Merkmale wie Hautfarbe, Kopfform, Körperbau, aber auch die Sprache erscheinen als Ausdruck einer behaupteten „inneren" biologischen Bestimmung. Unabhängig vom tatsächlichen Aussehen werden die Menschen nun „weißen", „gelben" oder „schwarzen Rassen" zugeordnet. Die behauptete Überlegenheit der Angehörigen der einen Rasse über die einer anderen dient der Rechtfertigung des Ausschlusses der „Fremden" von den knappen gesellschaftlichen Gütern. Nicht zuletzt kann sich die im Namen des Rassismus begründete Ungleichheit zwischen denen, die dazu gehören, und denen, die stören, in Hass verwandeln.

Text: Hanns Wienold

Wegducken und Ignorieren bringt auf Dauer nichts, das zeigt auch das folgende Beispiel: In einer Kita kommen manche Eltern nicht mehr zu den üblichen Abholzeiten, weil sie Angst haben, einem bestimmten Vater zu begegnen. Dieser Vater trägt Kleidung einer bei Rechtsextremen beliebten Marke mit soldatischen und martialischen Motiven. Auf etliche andere Eltern wirkt er einschüchternd, keiner mag sich mit ihm anlegen. Wenn er im Raum ist, unterhalten sich viele Eltern inzwischen nicht mehr frei. Mit seinem martialischen, „coolen" Äußeren hat der Vater zudem eine gewisse Vorbildfunktion für manche Kinder: Sie versuchen Motive von den Aufdrucken auf seiner Kleidung nachzuzeichnen.

Viele Erzieher fühlen sich erst einmal nicht gerüstet, mit solchen Eltern zu diskutieren. Häufig scheint diese Angst aber gar nicht angebracht zu sein. Wir haben in unseren Recherchegesprächen in Kitas mehrere Erzieherinnen kennen gelernt, die ein solches Anliegen erfolgreich kommuniziert haben. Die betreffenden Eltern entsprachen dem Wunsch der Erzieherin und zeigten die angesprochenen Marken oder Symbole nicht mehr in der Kita. Auch sie hatten scheinbar das Bedürfnis, die gute Arbeitsbeziehung mit der Einrichtung nicht aufs Spiel zu setzen oder scheuten einfach eine Auseinandersetzung.

„Einmal als ich mein Kind abgeholt habe, hat der sich so vor mir aufgebaut. Es war klar, für den gehör' ich nicht hier her. Mein Vater ist kein weißer Europäer, ich selbst bin nicht weiß. Der Typ hatte ein Hakenkreuz auf dem Handrücken als Tattoo."

Vater eines Kita-Kindes

Positionieren gegen menschenverachtende Botschaften

Interview mit Sabine Hammer, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

Die meisten Symbole oder Marken, die heute gern von Rechtsextremen getragen werden, sind nicht verboten. Wogegen sollte man sich trotzdem positionieren, auch wenn der Träger nicht gegen Gesetze verstößt?

Ein Beispiel: Ein T-Shirt mit dem Aufdruck „Herrenrasse" ist nicht verboten, es kann aber bewirken, dass Menschen sich bedroht oder abgewertet fühlen. Es macht etwas mit der Atmosphäre in der Kita, wenn solche menschenverachtenden Aussagen offen gezeigt werden können. Die Einrichtung sollte auf jeden Fall etwas unternehmen, wenn bestimmte Menschen oder Gruppen abgewertet werden oder die Kleidung unterschwellige oder offene Drohungen zum Ausdruck bringt. Unternimmt man nichts, dann ist die Botschaft, dass das scheinbar „in Ordnung" so ist.

Zum Umgang mit Kleidungsmarken gibt es recht unterschiedliche Auffassungen. Die Marke Lonsdale zum Beispiel wird von vielen als „rechte Marke" wahrgenommen. Lonsdale wird aber auch von vielen Menschen getragen, die nicht mit der rechten Szene sympathisieren. Wie kann man damit umgehen?

Lonsdale-T-Shirts wurden von Rechtsextremen gern unter einer offenen Jacke getragen, so dass nur die Buchstaben NSDA zu sehen waren - eine Anspielung auf die NSDAP. Aber ein Kleidungsstück dieser Marke allein ist kein Hinweis auf rechtes Gedankengut. Die Marke wird nicht in den einschlägigen rechtsextremen Online-Läden verkauft und der Hersteller hat sich von der Nutzung durch Rechtsextreme distanziert, unter anderem mit der Kampagne „Lonsdale loves all Colors". Das hat die Marke Sympathien in der rechtsextremen Szene gekostet. Gegen ein Lonsdale-Shirt vorzugehen, würde ich nicht empfehlen, es sei denn es gibt zusätzlich konkrete Hinweise, dass der Träger oder die Trägerin rechtsextreme Ideen vertritt.

Foto: Starosta K büro 2009

Was wollen die Rechten?

Rechtsextremismus in Deutschland heute

Im Kern lehnen rechte Politikvorstellungen die liberalen und demokratischen Prinzipien der grundsätzlichen Gleichheit zwischen allen Menschen - etwa den Geschlechtern, den Altersgruppen oder Sprach- und Herkunftsgruppen - ab, die zur Formulierung der Menschenrechte für bestimmte Gruppen, wie für Kinder, Frauen und Behinderte geführt haben. Die Ablehnung der Gleichheitsgrundsätze führt zur Bekämpfung der rechtsstaatlichen Demokratie und zur Befürwortung und Verherrlichung von Gewalt, mit der den „von Natur aus gegebenen“ Rangordnungen, etwa zwischen „Rassen“ und ihren „natürlichen“ Fähigkeiten, gesellschaftliche Geltung verschafft werden soll.

Für Rechtsextreme bildet die schon von den Nazis propagierte Vorstellung von der „Volksgemeinschaft“ eine leitende Idee, in der alle sozialen Konflikte beseitigt sind, weil ihr nur solche „Volksgenossen“ angehören dürfen, die sich als dienende Glieder des „Volksganzen“ verstehen. Alles „von Natur aus“ Minderwertige soll ausgeschaltet werden. Rechtsextreme verstehen sich daher als „Kampfgemeinschaft“, die der Überlegenheit des „deutschen Volkes“, des „Deutschen“ mit allen Mitteln Geltung verschaffen will. Der Gemeinschaftsgedanke bündelt für Rechtsextreme Sehnsüchte und Wünsche nach Überlegenheit und Ganzheit, die sich auch in Begriffen von Anstand, Sauberkeit, Ehre und Pflicht ausdrücken. Ihre Ablehnung, ja ihr Hass richtet sich auf Menschen und Gedanken, die in ihren Augen ein „gesundes Volksempfinden“ durch die politische und soziale Anerkennung anderer Lebensformen zu schwächen scheinen.

In der wissenschaftlichen Forschung wird der Rechtsextremismus als geschlossenes Weltbild angesehen, das durch Argumente oder Erfahrungen in der Realität nicht zu erschüttern ist. Einzelne Elemente des Weltbildes sind jedoch in der deutschen Gesellschaft weit verbreitet.

Text: Hanns Wienold

3. „Sorgen Sie dafür, dass mein Kind nicht mit den Bimbos spielt!“

Ausgrenzende, abwertende und rassistische Äußerungen

Es gibt „Arbeitsaufträge“, die sprachlos machen: In einer Einrichtung in Niedersachsen wiesen Eltern die Erzieherinnen an, dafür zu sorgen, dass ihre Sprösslinge nicht mit Kindern ausländischer Herkunft spielen. Die Mitarbeiter waren sich einig, dass sie diesen „Auftrag“ nicht ausführen können und wollen. Aber wie vermittelt man das Eltern, die fordernd bis aggressiv auftreten? Was haben diese Eltern für einen Hintergrund und wie werden sie reagieren? „Hier muss sich die ganze Einrichtung auf eine Position verständigen, damit es nicht an der einen Erzieherin hängt, die das Gespräch führt. Wenn sie mit Rückendeckung des Teams und des Trägers spricht, kann sie den Eltern höflich klar machen: ‚Wenn sie das von uns erwarten, sind sie hier falsch‘“, empfiehlt Reinhard Koch, Leiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt in Niedersachsen (ARUG).

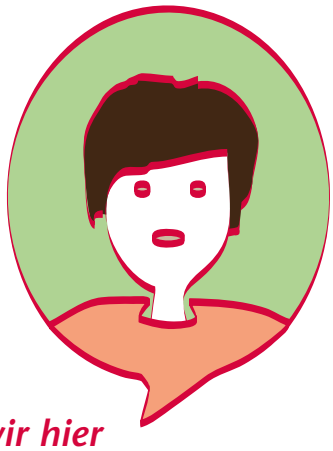
In diesem Fall kam das Team recht schnell zu einer einhelligen Bewertung des Vorfalls. Das ist nicht immer so. Häufig machen Mitarbeiter unterschiedliche Beobachtungen oder die Meinungen gehen auseinander: Manche Mitarbeiter sehen Handlungsbedarf, andere trauen sich aus Unsicherheit oder Angst nicht aus der Deckung, wieder andere finden: „Lass den doch reden, ist eben seine Meinung.“

„Bevor Irritationen im Team entstehen, sollte man sich Zeit nehmen und in Ruhe über die unterschiedlichen Beobachtungen und Bewertungen sprechen“, rät Nicole Schneider von der Mobilen Beratung Thüringen (MOBIT). „Nur so entsteht auch ein vollständiges Bild davon, was gerade in der Einrichtung abläuft.“ Schneider beriet beispielsweise im Auftrag eines Trägers, bei dem es in verschiedenen Kitas zu Problemen gekommen war: „Eltern mit Migrationshintergrund waren beleidigt worden, ein Kind grüßte mit ‚Heil Hitler‘, einige Eltern sympathisierten offenbar stark mit rechtsextremen Vorstellungen.“ Es hatte jeweils nur ein Teil der Mitarbeiter die Vorfälle miterlebt, die Einschätzungen gingen auseinander. Im Ergebnis der Beratung fand sich dann in jeder Kita dieses Trägers ein Mitarbeiter, der sich mit dem Thema intensiver beschäftigen wollte. Diese Erzieher trafen sich mehrmals, tauschten Beobachtungen aus und setzten verschiedene Veränderungen in Gang.

Wenn Unsicherheit herrscht, ob man gegen bestimmte Äußerungen eine Handhabe hat, hilft es Teams meist, sich zu überlegen, welche Werte sie Kindern vermitteln möchten und welche Regeln in ihrer Einrichtung gelten sollen. „Meist wird dann schnell klar, dass rassistische Sprüche oder Beleidigungen keine beliebigen Meinungen sind, die man neben anderen Meinungen stehen lassen muss“, so Nicole Schneider.

Fällt das noch unter Meinungsfreiheit?

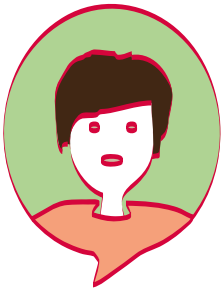
Lassen Sie sich nicht ins Bockshorn jagen, wenn Eltern über eine „Meinungsdiktatur“ schimpfen, sobald sich jemand ihren Parolen entgegenstellt: Die Meinungsfreiheit ist immer da zu Ende, wo andere wichtige Güter geschützt werden müssen (Grundgesetz, Artikel 5). So fallen etwa rassistische Sprüche nicht unter den Schutz der Meinungsfreiheit, weil sie meist beleidigend und sachlich unzutreffend sind.



„So reden wir hier nicht miteinander!“

„Sie können ja noch nicht mal durchsetzen, dass hier Deutsch gesprochen wird!“

„Das müssen wir nicht durchsetzen, das kommt ganz von allein. Die Kinder, die neu bei uns sind, lernen sehr schnell Deutsch.



Wie sag ich’s?

Mit Eltern, die beleidigen, pöbeln oder rechtsextreme Parolen schwingen, kann man schlecht diskutieren. Ihnen kann man nur Grenzen setzen, indem man klar macht, dass so etwas in der Einrichtung inakzeptabel ist. Ideologen haben kein offenes, sondern ein geschlossenes Diskussionsverhalten: Sie ignorieren Gegenargumente, biegen alles so hin, wie sie es brauchen und springen von einer steilen These zur nächsten. Lassen Sie sich also sich nicht durch die Versatzstücke rechter Ideologie verunsichern, sondern bleiben Sie ruhig bei ihrer Botschaft: „So reden wir hier nicht miteinander!“

Mit anderen Eltern kann man häufig ins Gespräch kommen und das Gegenüber auf eine Ebene respektvoller Zusammenarbeit zurückholen:

- Signalisieren Sie Interesse an Ihrem Gegenüber, fragen sie nach, versuchen Sie ihm eine Brücke zu bauen, z.B.:
  „Warum stört Sie der Ausländeranteil unserer Einrichtung? Machen Sie sich Sorgen um die Sprachförderung?“

- Sie müssen sich nicht in politische oder ideologische Diskussionen, etwa über Rassismus, hineinziehen lassen. Sie können auf einer fachlichen Ebene bleiben, auf der Sie sich wohl fühlen, z.B.:
  „Es ist nicht gut für die Entwicklung Ihres Kindes, wenn es andere ausgrenzt und seine Umwelt nur durch die Vorurteilsbrille sieht. Damit verschließt es sich auch selbst viele Türen.“

- Belehren und Moralisieren ist kontraproduktiv, sachlich Informieren ist besser.

- Bleiben Sie ruhig und höflich. Achten Sie auf eine offene Körpersprache. Verschränkte Arme signalisieren Abwehr, Humor dagegen entspannt.

- Ignorieren Sie ausgrenzende oder abwertende Sprüche nicht. Sprücheklopfer meinen sonst im Namen der schweigenden Mehrheit zu sprechen.

- Bei Konflikten können Sie sich auf transparente Regeln berufen, z.B.:
  „Das steht auch in unserem Konzept, dass wir so arbeiten. Das kann jeder auf unserer Internetseite nachlesen. Das haben wir Ihnen auch bei Vertragsabschluss ausgehändigt.“

- Stellen Sie sich vor das Opfer.

Klare Regeln gegen Abwertung und Ausgrenzung

Interview mit Eva Prausner vom Projekt ElternStärken in Berlin

Warum sollten sich Fachkräfte unbedingt gegen rassistische oder ausgrenzende Äußerungen von Eltern positionieren?

Kitas haben den Auftrag, dafür zu sorgen, dass alle Kinder und Eltern gleichwertig behandelt werden, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Familienkultur oder Handicaps. Das ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass alle Kinder sich in der Kita wohlfühlen und gleichermaßen an Bildungsprozessen teilhaben können. Rassistische oder abwertende Äußerungen einzelner Eltern signalisieren aber, dass bestimmte Kinder nicht dazugehören oder nicht willkommen sind.

Was sollten Fachkräfte in Gesprächen mit diesen Eltern beachten?

Wichtig ist, dass man den betreffenden Eltern signalisiert, dass man auch weiterhin an einer guten Zusammenarbeit interessiert ist. Andererseits braucht es eine klare Haltung gegenüber Äußerungen, die andere Menschen diskriminieren oder abwerten. Eltern haben ein Recht zu erfahren, warum bestimmte Meinungen in der Kita nicht erwünscht sind. Die Grundsätze der Menschenrechte bzw. der Kinderrechte bieten hierfür eine gute Grundlage, auf der Fachkräfte argumentieren können.

4. Belastungsprobe

Rechtsextreme Familien im Kindergarten

Rechte Familien stellen für Kitas häufig eine schwierige Herausforderung dar. Manche Kinder aus solchen Familien „spuren“ in der Kita auffällig gut und erzählen nichts von zu Hause. Andere jedoch tragen die Ideologie, in der sie erzogen werden, massiv in die Einrichtung, fallen durch aggressives oder ausgrenzendes Verhalten gegenüber anderen Kindern auf, das auch negativ auf sie selbst zurückschlägt. Die Zusammenarbeit mit den Eltern ist meist ein Balanceakt. Im Folgenden werden einige Fallbeispiele beschrieben, in denen Einrichtungen in Abhängigkeit von der Situation und ihren Möglichkeiten unterschiedliche Lösungen gefunden haben.

Fallbeispiel 1:

Ein kriegstraumatisiertes Kind aus einer Flüchtlingsfamilie wurde von anderen Kindern regelmäßig schikaniert. Das traumatisierte Kind wehrte sich und es kam immer wieder zu ernsthaften körperlichen Auseinandersetzungen zwischen den Kindern. Die Eltern der anderen Kinder hatten bereits in der Vergangenheit in Gegenwart der Erzieher diskriminierende und aggressive Sprüche geklopft. Die Kinder wurden offenbar durch ihre Eltern in ihrem Verhalten bestärkt. Die Erzieher wussten nicht, inwieweit diese Eltern in der rechten Szene involviert waren.

Um die Situation zu entschärfen, musste die Kita schwierige Gespräche mit den Eltern führen. Da die Erzieher einen aggressiven Gesprächsverlauf befürchteten, holten sie sich externe Unterstützung bei Danilo Starosta vom Kulturbüro Sachsen. Auf der Basis von Erfahrungen aus anderen Beratungen erarbeitete Starosta mit dem Team Strategien zur Vermeidung bzw. Auflösung einer möglichen Eskalation. So entstanden in methodisch begleiteten Gruppenreflexionen Ideen für die Gespräche mit den Eltern. „Es hat hier zum Beispiel gut funktioniert, Termine für Entwicklungsgespräche zu machen und dann erst mal über die positiven Entwicklungen bei den Kindern zu sprechen, damit eine entspannte Atmosphäre entsteht“, so Starosta. Anschließend thematisierten die Erzieherinnen, dass die Kinder in der Schule und im Arbeitsleben immer wieder mit Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen kommen und sich mit fremdenfeindlichen Haltungen auch selbst Nachteile einhandeln werden.

„Wichtig ist, solchen Eltern freundlich klarzumachen, dass die Kita ihren pädagogischen Auftrag darin sieht, den Kindern einen positiven Umgang mit Vielfalt zu vermitteln und dass sie diesen Auftrag auch umsetzen wird“, so Starosta. Das Team arbeitete außerdem in den folgenden Monaten immer wieder mit den Kindern zu Themen wie Ausgrenzung, die Situation entspannte sich allmählich.

Fallbeispiel 2:

Ein Fünfjähriger trug T-Shirts aus einschlägigen rechtsextremen Internetshops und versuchte Kinder ausländischer Herkunft auszugrenzen. Sein Sozialverhalten war für die Mitarbeiter oft eine Herausforderung. Die Zusammenarbeit mit den Eltern gestaltete sich ebenfalls sehr schwierig. Der Vater war in der rechtsextremen Szene verankert, ging in szenetypischer Kleidung in der Kita ein und aus. Die Leiterin hielt es für notwendig, etwas zu tun, auch vor dem Hintergrund des schwierigen Sozialverhaltens des Kindes. Doch als sie den rechtsextremen Hintergrund der Familie gegenüber ihren Mitarbeitern ansprach, lachten die Erzieherinnen nur über die Kleidung des Kindes und sahen keinen Handlungsbedarf.

Da die Leiterin mit den Mitarbeiterinnen gemeinsam weiterkommen wollte, organisierte sie zunächst eine Team-Fortbildung im Haus. Jörn Didas vom Adolf-Bender-Zentrum, der Fachberatungsstelle im

saarländischen Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus, informierte dabei über aktuelle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus. Didas stellte typische Outfits der rechten Szene vor und zeigte dabei als Beispiele unter anderem auch Kleidungsstücke, wie sie der Vater und der Sohn der betreffenden Familie trugen. Bei dieser Fortbildung kamen die Erzieherinnen endlich ins Gespräch über die Familie. „Es ist oft hilfreich, wenn noch einmal Informationen und Impulse von außen kommen", hat Jörn Didas mehrfach in seiner Beratungsarbeit erfahren.

Nachdem die Kommunikation im Team in Gang gekommen war, entwickelten die Mitarbeiterinnen verschiedene Ideen, wie sie mit der Familie weiter umgehen wollten: Die Mutter des Kindes lebte vom Vater getrennt und war nicht in der rechtsextremen Szene involviert. Die Kita entschied sich, durch verschiedene Maßnahmen die Mutter zu stärken und ein Unterstützungs-Netzwerk um sie zu knüpfen, damit sie dem Einfluss des Vaters in der Erziehung mehr entgegensetzen konnte. Die Kita arbeitete außerdem intensiv mit dem betreffenden Kind: Ausgrenzendes Verhalten und Gewalt gegenüber anderen Kindern wurden unterbunden. Die Erzieherinnen stellten aber vor allem die Stärken des Kindes in den Mittelpunkt und versuchten ihm dafür positive Aufmerksamkeit zu geben.

Was braucht das Kind?

Politische Konflikte sollten zwischen Erwachsenen ausgetragen werden, nicht über die Kinder. „Die Kita sollte den Kindern vermitteln, welche Regeln in der Einrichtung gelten, dass zum Beispiel nicht geduldet wird, wenn einzelne Kinder ausgegrenzt werden. Man sollte einem Kind aber nicht vermitteln, ‚Deine Eltern sind daneben, wenn sie dir etwas anderes erzählen'. Damit kann ein Kind nichts anfangen", so Rainer Spangenberg von den Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Brandenburg (RAA).

Gerade Kinder von rechtsextremen Eltern können vom Besuch eines Kindergartens sehr profitieren: „Der Umgang mit anderen nahen Kontaktpersonen kann eine ‚produktive Verwirrung' mit sich bringen, auch was Wertvorstellungen betrifft. Dadurch bekommen Kinder die Möglichkeit, auch andere Sichtweisen und Erlebnismöglichkeiten zu entwickeln", so Helga Hanusa, die für die bayerische Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus berät. Auch in schwierigen Situationen kann das Ziel deshalb sein, dass das Kind weiter die Kita besuchen kann. Voraussetzung dafür ist, dass die Eltern bereit sind, sich an einige Grundregeln zu halten und damit die Arbeit der Kita entsprechend ihres pädagogischen Konzeptes zu ermöglichen.

Eine gute Arbeitsebene mit den Eltern ist wichtig, auch wenn das manchmal auf einen Balanceakt hinausläuft: „Ich muss jemanden nicht mögen, um in meiner Berufsrolle mit ihm auf einer gewissen Ebene zusammenzuarbeiten", so Rainer Spangenberg. Die Einrichtung sollte den Eltern zwar immer wieder deutlich machen, dass ein bestimmtes Verhalten im Widerspruch zu den Wertvorstellungen der Kita steht. Gleichzeitig sollten Erzieherinnen den Eltern aber signalisieren, dass sie sie als Partner bei der Erziehung ihres Kindes schätzen. Das vermittelt den Eltern das Gefühl, dass ihre Kinder trotz aller Meinungsverschiedenheiten in der Einrichtung gut aufgehoben sind.

Fallbeispiel 3:

In diesem Fall führten Elterngespräche mit einer organisierten rechtsextremen Familie über einen längeren Zeitraum zu keiner Verbesserung der Situation: Der Sohn der Familie drangsalierte behinderte Kinder, spielte martialische Spiele und bedrohte seine Spielgefährten, wenn sie nicht tun wollten, was er sagte. Der Leidensdruck war hoch bei allen Beteiligten: Kinder wollten nicht mehr in die Kita, Eltern überlegten sie abzumelden, Erzieherinnen wollten sich wegen des Dauerkonfliktes mit der Familie weg bewerben. Der betreffende Junge

Foto: Starosta K büro 2009

„Hitler zu Hause – Juden kein Zutritt“ – rechtsextreme Graffitis und Sprüche auf einem Kinderspielplatz

wurde von den anderen Kindern gefürchtet und abgelehnt, manövrierte sich immer stärker in die Isolation und litt darunter zunehmend auch selbst.

Hier steuerten die Eltern erst um, nachdem die Einrichtung der Familie mitgeteilt hatte, dass man den Betreuungsplatz kündigen wolle. Jetzt besserte sich das Verhalten des Kindes, der Junge konnte allmählich wieder positive Sozialkontakte zu Anderen aufbauen.

Was können wir uns zutrauen?

Den meisten Erziehern, mit denen wir gesprochen haben, war wichtig, dass kein Kind vom Besuch der Kita ausgeschlossen wird. Für viele Fachkräfte stellte sich aber auch die Frage, wie es um das Wohlergehen der anderen Kinder, Eltern und Mitarbeiter bestellt ist, wenn bestimmte Eltern sehr klare Feindbilder haben, entsprechend auftreten und erziehen. Manche Einrichtungen entscheiden daher, dass sie das momentan nicht schultern können. Vor allem kleinere Kitas, die nicht die Unterstützung eines starken Trägers im Rücken haben, können von solchen Situationen überfordert sein.

Wenn mehrere rechtsextreme Familien ihre Kinder in derselben Einrichtung anmelden wollten, haben Kitas daher versucht, die Kinder aufzuteilen, damit bei ihnen nicht die Eltern-Mischung „kippt“. Vor allem Einrichtungen, in deren Nähe viele Angehörige der rechten Szene wohnen, haben bewusst ihr

Engagement gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung öffentlich gemacht, um für Rechte weniger attraktiv zu sein.

Es gibt aber auch Fälle, in denen Kitas ein Kind aus einer rechtsextremen Familie aufgenommen haben, nachdem zuvor eine andere Einrichtung den Eltern wegen massiver Verhaltensprobleme und Nicht-Kooperation den Vertrag gekündigt hatte. Einige Einrichtungen bieten alle Diplomatie auf, um zu verhindern, dass rechte Eltern ihr Kind aus der Kita heraus nehmen, weil sie dem Kind weiterhin Sozialkontakte und Erfahrungen außerhalb seines rechten Umfeldes ermöglichen möchten:

Fallbeispiel 4:

Ein Junge wurde von seinen Eltern auch im Winter in zu dünner Kleidung in die Kita geschickt. Die Einrichtung kannte die stramme ideologische Haltung der Eltern und ihre Vorstellungen von „Abhärtung“, vor allem bei Jungen. Deshalb setzte sich die Einrichtung nicht mit den Eltern auseinander, sondern stellte eine Kiste mit Kleidungsstücken auf, in der sich die Kinder bedienen und „verkleiden“ durften, sobald sie in die Kita kamen. Durch das „Verkleidungsspiel“ konnte der Junge sich wärmer anziehen, ohne aus der Gruppe herauszustechen und ohne sich erklären zu müssen.

Was brauchen die anderen Kinder und Eltern?

Rechtsextreme Familien und ihre Kinder beanspruchen die Aufmerksamkeit und Energie des pädagogischen Personals oft sehr stark. Trotzdem sollten Kitas den Blick auch auf die anderen Kinder und Eltern richten, empfiehlt Jörn Didas: „Welche Unterstützung brauchen die potentiellen Opfer und wie können wir Menschen stärken, die schweigend daneben stehen, damit sie sich auch positiv positionieren können, damit wir sie mit ins Boot holen?“

Unabhängig davon, inwieweit man rechtsextreme Eltern beeinflussen kann, können Kitas doch mit den anderen Eltern arbeiten: Viele andere Eltern brauchen von der Einrichtung zunächst ein klares Signal, dass die Mitarbeiter sich des Problems annehmen wollen. Gibt es ein solches Signal, werden manche Eltern auch eher gewillt sein, sich selbst zu positionieren, um klar zu machen, dass rechtsextreme Positionen hier nicht mehrheitsfähig sind. Kitas, die sich mit rechten Familien auseinandersetzen müssen, können das auch zum Anlass nehmen, um bewusst eine Kultur der Vielfalt und Toleranz in der Einrichtung zu etablieren. (s. Kapitel 10).

Manche Einrichtungen versuchen, ihre Probleme nicht bekannt werden zu lassen, weil sie um ihren Ruf fürchten. Da es sich häufig aber doch herumspricht, kann es geschickter sein, nach außen klar zu kommunizieren, wie die Einrichtung arbeitet, um rechten Botschaften keinen Raum zu geben. Eine betroffene Kita setzte beispielsweise gemeinsam mit anderen Bildungseinrichtungen ein Präventionskonzept gegen Rechtsextremismus um. – Ein starkes Signal nach außen, dass zugleich die einzelne Einrichtung aus der „Schusslinie“ nahm.

5. „Kümmerer“ und „Beschützer“

Engagement von Rechts im Umfeld von Kindertagesstätten

Beim Kuchenbasar ist auf sie Verlass, sie lassen sich gern in den Elternbeirat wählen oder bieten an, den Kindern alte Haushaltstechniken zu vermitteln. – Manche rechtsextremen Eltern treten in der Kita engagiert und freundlich auf und werden als „Kümmerer“ von anderen anerkannt.

> *„Wo durch eine Zusammenarbeit oder persönliche Bekanntschaft soziale Nähe entsteht, will es vielen Menschen erst einmal nicht in den Kopf, dass dieser nette, kompetente Mensch ein Neonazi sein soll.“*
>
> Helga Hanusa, Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus

Sicher gibt es Fälle, wo Menschen mit rechtsextremem Gedankengut einfach nur eine gute soziale Anbindung suchen, ohne dabei ihr Umfeld ideologisch unterwandern zu wollen. Doch mindestens bei einem Teil dieser Aktiven kann man davon ausgehen, dass hinter dem Engagement auch Strategie steckt: Rechtsextreme versuchen durch bürgerschaftliches Engagement weiteren Einfluss auf die Gesellschaft zu bekommen. Vor allem Positionen als Elternvertreter oder Trainer, in denen sie perspektivisch vielleicht Einfluss auf Kinder und Jugendliche nehmen können, sind für viele aktive Rechte strategisch interessant. In der Szene kursieren beispielsweise Verhaltenstipps, wie man etwa bei Elternabenden durch engagiertes, verbindliches Auftreten seine Chancen steigert, zum Elternvertreter gewählt zu werden.

In der ersten Zeit fällt häufig gar nicht auf, mit wem man es zu tun hat. In vielen Fällen begannen aktive Rechte aber nach einiger Zeit, im Sinne ihres Weltbildes Einfluss auf ihre Umgebung zu nehmen. Und in Regionen, in denen die rechte Szene mit ihrer „Graswurzelstrategie“ erst einmal richtig Fuß gefasst hat, werden Andersdenkende häufig eingeschüchtert, brauchen manche Bürgermeister Polizeischutz. Viele Bildungseinrichtungen lehnen daher dankend ab, wenn Menschen mit Bezug zur rechten Szene beispielsweise anbieten, den Räumen der Kita oder Schule einen neuen Anstrich zu verpassen.

Vor dem Hintergrund der bekannten rechten Unterwanderungsstrategie sind auch viele Eltern besorgt, wenn bekannte Rechtsextremisten versuchen, sich als Eltern in der Einrichtung zu engagieren. Kitas sind hier in einer schwierigen Position, da sie zum Wohle des Kindes auch mit diesen Eltern zusammenarbeiten wollen und müssen. Auch in dem folgenden Fall stellte sich daher die Frage nach einer angemessenen Grenzziehung:

Fallbeispiel 1: Ein weichgespülter Kader als Vater

Der Vater eines Kita-Kindes war ein organisierter rechter Kader. Viele Eltern und Erzieher beobachteten, dass er sich in der Region für rechtsextreme politische Ziele stark machte und dabei häufig mit einem entsprechend aggressiven Gebahren auftrat. In der Kita dagegen hatte er bislang keine ausgrenzenden oder ideologisch geprägten Äußerungen getätigt, sondern versuchte vielmehr, sich bei verschiedenen Projekten und Unternehmungen der Einrichtung zu engagieren. Für manche Eltern war es schwer erträglich, dass ein solcher Vater mit seinem Engagement möglicherweise bei Einigen punkten könnte.

Es gab in der Kita kontroverse Diskussionen unter Erziehern und Eltern: Wo sollten in einem solchen Fall Grenzen gezogen werden? „Es geht zunächst einmal um das Wohl des Kindes. Deshalb würde ich als pädagogische Fachkraft einen solchen Vater genauso als Partner bei der Erziehung seines Kindes sehen und behandeln wie andere Eltern“, plädiert Rainer Spangenberg von der RAA Brandenburg. „Fachkräfte müssen in einer solchen Situation aber besonders genau hinschauen und gut vorbereitet sein, damit sie bei ausgrenzenden oder rechtsextre-

Foto: Agentur für soziale Perspektiven Berlin

Oft ist die Gesinnung nicht so leicht zu erkennen

men Äußerungen sofort mit einer klaren Grenzsetzung reagieren können", rät Spangenberg. Daneben sollten Einrichtungen immer auch überlegen, was sie Extremisten inhaltlich entgegensetzen können. (s. Kapitel 10).

Eine schwierige Frage ist, ob man einem solchen Vater ermöglicht, in einer Weise mitzuarbeiten, wo er mit anderen Kindern in Kontakt kommt, zum Beispiel als Begleiter bei einem Kitaausflug. Eine solche Mitwirkung setzt natürlich voraus, dass alle anderen Eltern bereit sind, diesem Elternteil ihre Kinder mit anzuvertrauen. Ist das nicht der Fall, dann wäre hier eine Grenze zu ziehen, weil andernfalls wahrscheinlich Konflikte aufbrechen, Eltern ihre Kinder vom Ausflug abmelden. Bei einzelnen Eltern können hier auch Sorgen eine Rolle spielen, dieser Vater könnte im Kontakt mit ihrem Kind Informationen über den Hintergrund der Familie bekommen, die er besser nicht bekommen sollte.

Fallbeispiel 2: Veränderte Spielregeln

Wo Rechtsextreme Gremien unterwandern, werden häufig auch demokratische Spielregeln unterlaufen. So beispielsweise in einer privaten Bildungseinrichtung in Bayern. Hier wurde ein Vater in den Vorstand der Einrichtung gewählt, der ein fähiger Strippenzieher und gleichzeitig aktiver NPD-Kader war. Als die Einrichtung in der Krise steckte, gelang es ihm, sich als „Retter" zu präsentieren, der die Karre schon aus dem Dreck ziehen würde. Dazu trat er eine Kampagne gegen andere aktive Eltern los, arbeitete mit Abwertungen und Schuldzuweisungen, die er aber nie sachlich untermauerte. „Während seiner aktiven Zeit dort war eine Entdemokratisierung in den Gremien zu beobachten", erinnert sich Helga Hanusa von der bayerischen Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus, die die Einrichtung beriet. „Elementare Regeln der Geschäftsordnung wurden nicht mehr eingehalten. Und selbst nach dem Rücktritt dieses Vaters ging es noch eine Weile so weiter, denn inzwischen hatten sich einige andere Leute selbst diesen Arbeitsstil zu eigen gemacht."

In der Elternschaft gab es zunehmenden Verdruss. Als andere Eltern schließlich die politische Anbindung dieses Vaters an die NPD entdeckten und immer wieder thematisierten, trat der Vater zurück.

> *„Wenn man Öffentlichkeit schafft, ziehen sich Rechtsextreme häufig zurück."*
>
> Helga Hanusa, Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus

Klausel gegen Engagement von Rechts

Die Gleichwertigkeit aller Menschen ist für uns Grundlage und Verpflichtung. Personen, die Mitglied der NPD und anderer rechtsextremistischer Gruppierungen sind oder sich für deren Ziele engagieren, auch ohne Mitglied dieser Partei oder Gruppierung zu sein, sowie Mitglieder anderer, verfassungsfeindlicher Organisationen, die dem Gedanken der Gleichwertigkeit aller Menschen entgegenstehen, sind in …. (den jeweiligen Mitwirkungsgremien) nicht erwünscht.

Formulierungsvorschlag des Regionalzentrums für demokratische Kultur Rostock für das Kita-Leitbild

Fallbeispiel 3: Vereinnahmt durch rechte „Beschützer“

Manchmal werden auch Konflikte von außen in die Kita hineingetragen, beispielsweise im Zusammenhang mit rechtsextremen Kampagnen gegen Asylbewerberheime. Dabei werden im Internet und durch Mund-zu-Mund-Propaganda Fehlinformationen und Halbwahrheiten verbreitet und Ängste unter den Eltern geschürt. In einem Fall wurde aus der Beobachtung, dass sich einige männliche Asylbewerber häufiger in der Nähe der Einrichtung aufhielten und sich dabei offenbar für die spielenden Kinder interessierten, auf rechten Internetseiten ein Bedrohungsszenario gestrickt. Teile der Eltern waren daraufhin sehr besorgt und forderten, die Kindertagesstätte zur „Festung“ auszubauen.

„Auf Ängste von Eltern sollte die Einrichtung natürlich eingehen, auch wenn sie vielleicht übertrieben sind. Man sollte die Eltern darüber informieren, wie man selbst die Situation fachlich einschätzt. Fehlinformationen und rassistischen Stereotypen dagegen muss man entgegentreten“, so Rainer Spangenberg.

In anderen Fällen konnten Einrichtungen rechten „Aktivisten“ den Wind aus den Segeln nehmen und sie isolieren, indem sie die Eltern und verschiedene andere Bündnispartner mit ins Boot holten und das Problem auch offensiv nach außen kommunizierten.

„Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.“[1]

Die MBR Berlin empfiehlt, diese Ausschlussklausel für Veranstaltungen auf die Einladung zu drucken, damit der Veranstalter bei Bedarf das Hausrecht ausüben kann.

6. Ist das schon Rassismus?

Wenn Eltern oder Kollegen „fremdeln“

Nicht nur offene, sondern auch unterschwellige Fremdenfeindlichkeit erschwert manchmal die Bearbeitung von pädagogischen Problemen, so auch in dem folgenden Fall:

Fallbeispiel 1:

Ein Junge aus einer Zuwandererfamilie verhielt sich manchmal beängstigend aggressiv, schubste beispielsweise andere Kinder die Treppe hinunter. Von einigen anderen Eltern wurde sehr schnell die Forderung an die Kita gerichtet, seinen Eltern den Betreuungsplatz zu kündigen. Für die Erzieher kam das nicht in Frage: Sie sahen es als ihre Aufgabe an, das Problem zunächst einmal pädagogisch anzugehen.

Dabei empfand das Team die Kommunikation mit den Eltern des Kindes und ebenso mit verschiedenen anderen Eltern als ziemliche Herausforderung: Hinter der schnellen Forderung mancher Eltern nach Ausschluss dieses Kindes aus der Kita steckte zum einen die Sorge um das Wohl ihrer eigenen Kinder. Die Mitarbeiter hatten aber auch den Eindruck, dass die Forderung bei einigen Eltern möglicherweise fremdenfeindliche Untertöne hatte: „Das war wahrscheinlich nicht bewusst und auch nicht politisch, aber einige sahen diese Zuwandererfamilie wohl nicht als selbstverständlich zum Ort und zur Einrichtung gehörig an“, erinnert sich Rainer Spangenberg von der RAA Brandenburg, der die Kita beriet. „Die Forderung: ‚Wenn die Probleme machen, sollen sie gehen’, stand daher viel schneller im Raum, als das bei einer einheimischen Familie vermutlich der Fall gewesen wäre. Und das ist für mich auch eine Form von Alltagsrassismus“, so Spangenberg. Die Eltern des betreffenden Jungen wiederum fühlten sich von anderen Eltern rassistisch behandelt.

Im Umgang mit dem aggressiven Jungen arbeitete das Team vor allem daran auszuschließen, dass der Junge andere Kinder verletzt, und mit ihm andere Verhaltensmuster einzuüben. Daneben überlegten sich die Mitarbeiterinnen gemeinsam mit Rainer Spangenberg Strategien für eine gelingende Kommunikation mit den Eltern: „Der Handlungsansatz war zunächst einmal, die Sorgen und Ängste der anderen Eltern sehr ernst zu nehmen und zu vermitteln, dass die Kita professionell an dem Problem dran ist, dass sie beispielsweise darauf achtet, dass möglichst immer jemand im Raum ist. Subtiler Rassismus kommt weniger zum Tragen, wenn Eltern den Eindruck haben, wir haben es hier mit Profis zu tun, bei denen mein Kind gut aufgehoben ist“, so Spangenberg. Für den Fall, dass von anderen Eltern rassistisch gefärbte Äußerungen kommen, vereinbarte das Team ebenfalls eine klare Botschaft: „Wir schließen kein Kind leichtfertig aus und dabei spielt es auch keine Rolle, wie lange jemand in Deutschland lebt.“

In den Gesprächen mit den Eltern des aggressiven Kindes wollte das Team vermeiden, dass sie sich rassistisch behandelt fühlen, wenn über negative Verhaltensweisen ihres Sohnes gesprochen wird: „Eine gute Strategie für diesen Fall wäre, Rassismus-Vorwürfe nicht abzubügeln, sondern erst mal aktiv zuzuhören und dann zu vermitteln: Wir möchten mit ihrem Kind arbeiten, wir erleben Sie als schätzenswert, Sie sind uns genauso lieb wie andere Eltern“, so Rainer Spangenberg. Die Erzieher signalisierten den Eltern außerdem, dass das Team immer bereit ist, mit ihnen gemeinsam nach Lösungen zu suchen, wenn sie sich von anderen Eltern ausgegrenzt fühlen. „Manche Eltern brauchen relativ wenig ausdrückliche Wertschätzung, um sich angenommen zu fühlen, andere brauchen mehr. Solchen Eltern können Mitarbeiter signalisieren, dass sie eine gute Arbeitsbeziehung zu ihnen möchten, das entspannt meist die Situation“, so Spangenberg.

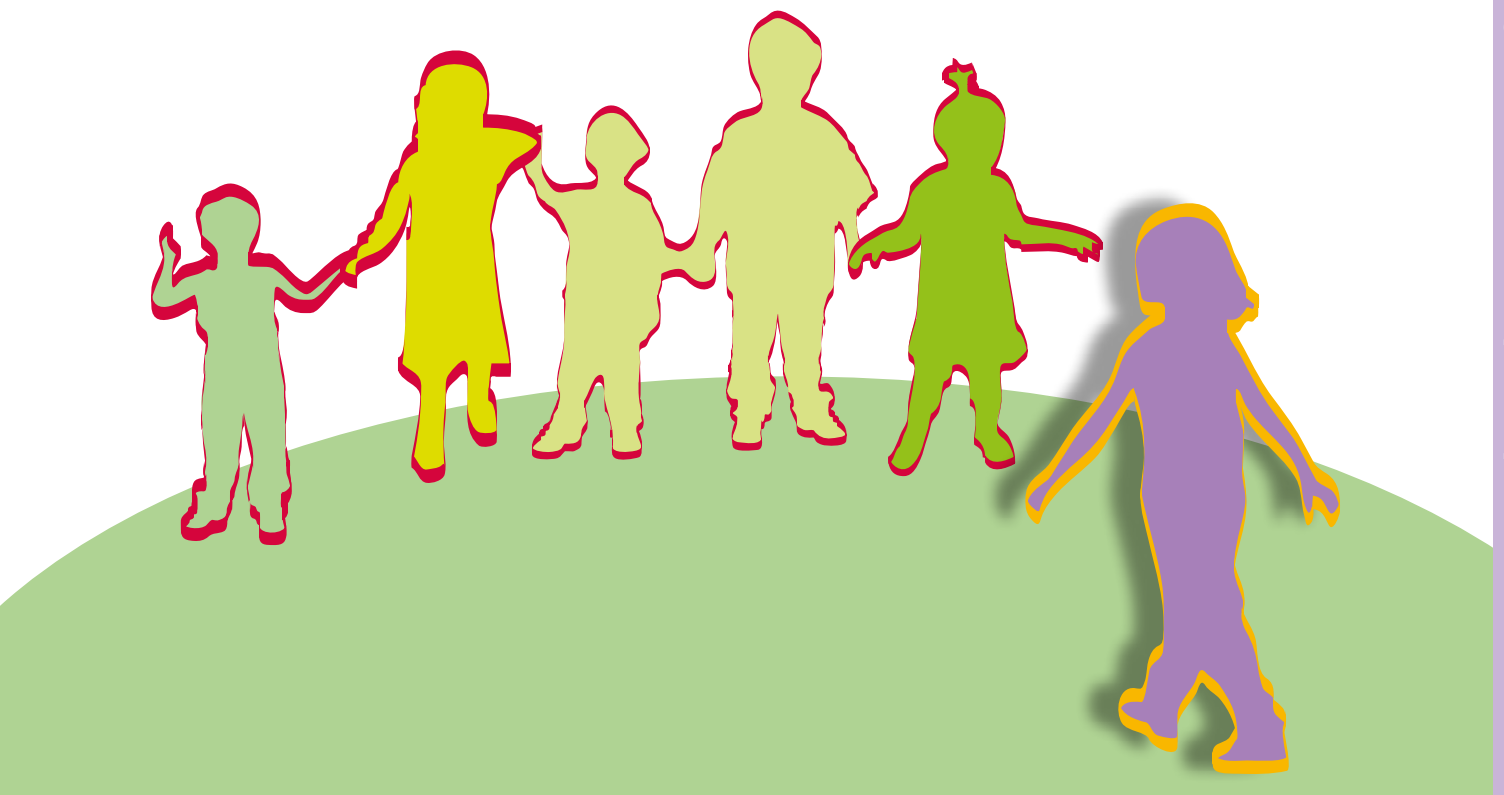
Fallbeispiel 2:

Die Flüchtlingszahlen steigen und immer mehr Kitas betreuen Kinder aus Familien, die erst seit kurzem in Deutschland leben, bislang kaum deutsche Sprachkenntnisse haben und zudem durch ihren unsicheren Aufenthaltsstatus und die Unterbringung in überfüllten Unterkünften auch hier nur schwer zur Ruhe kommen können. Die Kinder haben häufig Schlimmes erlebt, einige sind traumatisiert, beispielsweise durch Kriegserlebnisse.

In einigen Einrichtungen klappt die Integration von Flüchtlingskindern ohne größere Probleme, haben Erzieher diese Herausforderung mit viel Einfühlung und pädagogischem Fingerspitzengefühl gemeistert. In verschiedenen anderen Einrichtungen gibt es zu diesem Thema aber auch Befürchtungen und Meinungsverschiedenheiten im Team. In einer Kita beispielsweise äußerten Mitarbeiter mehrfach starke Abwehr und Vorurteile gegenüber der Aufnahme von Kindern aus einem Asylbewerberheim. Ein anderer Erzieher aus derselben Einrichtung wünschte sich von seinen Kollegen einen professionelleren Umgang mit dem Thema und war sich unsicher, ob und wie er das thematisieren sollte: „Wenn ich die Kollegen direkt anspreche, sind sie vielleicht beleidigt. Sie sehen sich nicht als Rassisten. Für die Kinder und für unsere Zusammenarbeit ist diese Haltung aber nicht produktiv."

Rainer Spangenberg bietet in Brandenburg Fortbildungen für Kitas an, die Kinder aus Asylbewerberheimen aufnehmen. Für ihn ist klar, dass diese neue Situation eine Herausforderung für die Erzieherinnen ist: „Manche Fachkräfte sehen darin eine Belastung, der sie sich nicht gewachsen fühlen. Auch das kann mit hinter solchen Äußerungen stecken." Die Einrichtung kann sich hierzu eine gemeinsame Reflexion gönnen. „Dabei sollte man eine Atmosphäre schaffen, wo einzelne Kolleginnen Voreingenommenheiten äußern können, ohne sich sanktioniert und vorgeführt zu fühlen", rät Spangenberg. „Denn nur so kann man Vorurteile bearbeiten."

Wichtig ist auch, Fragen abzuklären, die in der neuen Situation aufkommen: „Viele Erzieherinnen finden es hilfreich zu hören, dass sie bei bestimmten Problemen auch Unterstützung bekommen können, etwa durch kommunale Integrationsbeauftragte, Migrationsfachdienste oder durch die Sozialarbeiter in den Heimen. Wenn man auf die Heimleitung zugeht und sich mit anderen Initiativen und Vereinen vor Ort vernetzt, kann man manchmal auch Kontakt zu Zuwanderern bekommen, die schon länger da sind und übersetzen können", empfiehlt Spangenberg. Seine Erfahrung: „Erzieher sind nach meinem Eindruck in ihrer Berufsrolle eher unterdurchschnittlich anfällig für Vorurteile und wenn sie mehr Informationen haben, nehmen sie solche Herausforderungen meist mit großer Empathie an, weil es um die Kinder geht."



7. Wer erzieht denn hier?

Rechtsextreme Mitarbeiterinnen

Die Bestürzung war groß bei den Eltern einer niedersächsischen Kindertagesstätte, als sich herausstellte, dass eine Erzieherin sich am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums bewegte: Die Mitarbeiterin hatte ihre eigenen Kinder zu Veranstaltungen der „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) geschickt, bis diese Organisation verboten wurde.

Das Bundesinnenministerium begründete das Verbot dieser Jugendorganisation damit, dass bei deren „scheinbar unpolitischen Freizeitveranstaltungen“ „am Nationalsozialismus orientierte(s) Weltbild ... Kindern und Jugendlichen vermittelt“ wird: „In speziellen Schulungen werden bereits Kinder im Grundschulalter gezielt in ‚Rassenkunde’ unterrichtet. Sie werden dazu angehalten, für die ‚Blutreinheit’ und das ‚Fortbestehen des deutschen Volkes’ einzutreten. ‚Ausländer’ und ‚Juden’ werden als Bedrohung für ‚das deutsche Volk’ dargestellt. (...).“[2]

> *„Bei einer Erzieherin, die im Kontext der Heimattreuen Deutschen Jugend unterwegs war, kann man davon ausgehen, dass sie kein gespaltenes Bewusstsein hat, dass sie nicht von neun bis fünfzehn Uhr ihre privaten Erziehungsvorstellungen zu Hause lässt und im Job völlig andere Ideale lebt.“*
>
> Reinhard Koch, ARUG Niedersachsen

Für viele der betroffenen Eltern war klar: Eine Frau mit diesem Hintergrund soll nicht unsere Kinder erziehen. Die Eltern drohten, ihre Kinder aus der Einrichtung herauszunehmen. Ihre Bedenken: Erwachsene können artikulieren, wenn sie sich unterschwellig ausgegrenzt oder abgewertet fühlen. Kleine Kinder können das häufig noch nicht. Die Wertungen, die eine Erzieherin trifft, können für sie wie ein Gesetz sein.

In den letzten Jahren wurden bundesweit mehrere ähnlich geartete Fälle bekannt, beispielsweise der einer aktiven rechten Funktionärin in Sozialassistentinnen-Ausbildung oder der eines Erziehers, der Betreiber eines rechtsextremen Internet-Portals war. Internet-Portals war. Auch verschiedene Ausbildungsstätten mussten sich mit angehenden Erziehern auseinandersetzen, die ihre Kollegen mit rassistischen oder rechtsextremen Äußerungen schockten. Manchmal ist die Tarnung aber auch perfekt und die Betreffenden verhalten sich im Job völlig unauffällig. Wie viele Rechtsextreme und Menschen mit rassistischen Gesinnungen als Erzieherinnen in Kitas arbeiten ist nicht bekannt. Klar ist allerdings, dass viele Kitas derzeit froh sind, überhaupt Erzieherinnen zu finden und deshalb oft nicht so genau hinschauen.

Nationale ins Soziale!

Bekannt und dokumentiert ist auch, dass es seit einigen Jahren eine Strategie rechter Gruppierungen gibt, in der Mitte der Gesellschaft tätig zu werden. „Im April 2010 rief die NPD ganz offiziell ihre Anhänger auf, soziale und pädagogische Berufe zu ergreifen. Hanna R. Schirmacher empfahl in der NPD-Zeitung ‚Deutsche Stimme’ ‚Menschen mit nationaler Überzeugung’, die Ausbildung zur ‚Sozialassistentin’ oder zu ‚Erzieherin’ abzuschließen. In der vorschulischen Erziehung und der Kinder- und Jugendarbeit würde ein ‚breites Berufsfeld’ noch ‚allzu oft ungenützt von uns Nationalen’ bleiben, schrieb sie. Neben Tipps zu den Berufsfeldern und Ausbildungsmöglichkeiten riet sie den ‚Berufsanfängern’, sie sollten bestrebt sein, ihr ‚gesamtes Potential zu nutzen, denn nur leitungswillige Mitglieder braucht eine gesunde Volksgemeinschaft’.“[3]

In mehreren Bundesländern wurden ebenfalls Fälle bekannt, in denen organisierte Rechtsextreme Kindergärten eröffnen oder die Trägerschaft bestehender Einrichtungen übernehmen wollten. Das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern reagierte darauf mit dem so genannten Kita-Erlass, nach dem sich Träger schriftlich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen müssen.

Für Rechtsextremismus-Experten sind solche Erlasse oder Erklärungen allerdings nur begrenzt

wirksam: „Wer ernsthaft in diesem Bereich eine Schnittstelle sucht zu Kindern und Jugendlichen, um dort Einfluss zu nehmen, der wird irgendwie durchkommen“, meint Reinhard Koch von der ARUG Niedersachsen. Koch fordert eine Kultur des Hinschauens: „Einrichtungen sollten sich selber positionieren und mit dem Betreffenden darüber ins Gespräch kommen, warum er sich in diesem Umfeld bewegt. Das ist nervig, erfordert Mut und Standing, aber es ist oft notwendig.“

Im oben beschriebenen Fall aus Niedersachen ließ der Kita-Träger nach Bekanntwerden die Mitarbeiter ebenfalls eine Erklärung unterschreiben, dass sie „nicht Mitglied einer extremistischen Gruppierung“ seien. „Doch das ist in solchen Fällen eine völlig untaugliche Formulierung, da es in vielen rechten Gruppierungen, z.B. bei Blood & Honour, formaljuristisch keine Mitgliedschaft gibt. Das kann jeder getrost unterschreiben, und selbst eine Partei-Mitgliedschaft kann man auf dem Papier auch rückwirkend auflösen“, gibt Reinhard Koch zu bedenken.

„Gut vernetzen und nicht entmutigen lassen“

Interview mit einem betroffenen Vater

Wie war das, als Sie erfahren haben, dass eine Erzieherin Ihres Kindes in der rechten Szene verankert ist?

Das war ein Schock. Das Thema Rechtsextremismus war für mich bis dahin weit weg, im Osten oder in der Vergangenheit. Wenn man plötzlich betroffen ist, läuft man erst einmal mit ‘nem Kloß im Hals durchs Leben. Mit verschiedenen anderen Eltern haben wir dann intensiv den Hintergrund dieser Erzieherin recherchiert. Es war erschreckend zu erfahren, was es alles für rechte Organisationen gibt, was die tun und dass sie es mitten unter uns tun.

Haben Sie sich vom Kitaträger verstanden und unterstützt gefühlt?

Nein, das war der nächste Schock. Der Träger sagte uns, arbeitsrechtlich gäbe es in solchen Fällen keine Handhabe. Aber es gibt einfach Verhaltensweisen, die arbeitsrechtlich nicht zu fassen sind. Sie können kaum kontrollieren, ob Erzieher Kinder unterschiedlich behandeln, wenn sie mit ihnen allein sind. Aber die Kinder spüren dann, dass der eine nicht so viel wert ist wie der andere. Solche Dinge haben einen Einfluss auf Kinder.

Es gab dann zahlreiche Eltern, die nicht wollten, dass Ihr Kind weiter von dieser Erzieherin betreut wird...

Wir haben uns Sorgen um die Kinder gemacht. Erzieher haben auch den Auftrag, Kindern Toleranz und den Umgang mit Menschen unterschiedlicher Herkunft oder Religion beizubringen. Ein Mensch, der nationalistische, völkische Einstellungen hat, kann sich im Job noch so gut verstellen, er wird Werte wie Demokratie und Toleranz nicht überzeugend vermitteln können. Da hatten wir einfach kein Vertrauen. Und ich möchte auch nicht, dass Leute mit menschenverachtenden, ausgrenzenden Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft Fuß fassen.

Was würden Sie anderen betroffenen Eltern raten?

Erstmal ist es ganz normal, was man in so einer Situation fühlt, die Beklommenheit und Furcht. Wir waren am Anfang auch völlig unerfahren und unsicher in solchen Fragen. Man sollte sich unbedingt Hilfe holen, sich am Ort vernetzen. Man kann Gewerkschaften ansprechen, Kirchen, Politiker, Projekte gegen Rechtsextremismus. Die Vernetzung hat uns geholfen, uns nicht so allein zu fühlen. Und man darf sich von Widerständen nicht entmutigen lassen. Bei uns hat es lange gedauert, aber schließlich hatten wir Erfolg und sind diese Erzieherin losgeworden.

Würden Sie Eltern empfehlen, mit dem Problem an die Öffentlichkeit zu gehen?

Öffentlichkeit kann ein gutes Druckmittel sein und auch ein Schutz. Wir haben uns aber genau überlegt, mit welchen Medien wir reden und verlangt, dass keine Namen genannt werden. Und es sind immer mehrere Eltern an die Öffentlichkeit gegangen. Damit die Szene nicht den Eindruck bekommt, da gibt es einen Sprecher und wenn wir den einschüchtern, dann ist Ruhe.

Wie können sich Kitas vor extremistischen Mitarbeitern schützen?

Arbeitsrechtlich ist der Umgang mit rechtsextremen Mitarbeitern teilweise schwierig (→ Kasten und Anhang) . Einrichtungen können versuchen, sich über entsprechende Formulierungen im Leitbild der Kita und über ein klares Konzept für die pädagogische Arbeit zu wappnen. Empfehlenswert ist, schon im Einstellungsgespräch mit den Bewerbern darüber ins Gespräch zu kommen, damit man den neuen Mitarbeiter und seine Haltungen besser kennen lernt und einschätzen kann. Wenn das Leitbild oder pädagogische Konzept bereits beim Einstellungsgespräch Thema war, kann es später bei Bedarf möglicherweise helfen, eine arbeitsrechtliche Argumentation zu unterfüttern, meint Reinhard Koch (→ Kapitel 8).

Was sagt das Arbeitsrecht?

„Wegen bloßer Einstellungen oder einer NPD-Mitgliedschaft kann niemand gekündigt werden. Wenn der Arbeitnehmer aber seine Vertragspflichten verletzt, den Betriebsfrieden stört oder wenn die Kita einen Imageschaden zu erleiden droht, dann kann sich der Kita-Träger juristisch auf verschiedene Weise wehren. Auch Beleidigungen sind nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt und müssen deshalb nicht hingenommen werden. Es sollte immer gemeinsam mit einem spezialisierten Fachanwalt geprüft werden, wie ein bestimmter Fall juristisch zu bewerten ist.“

Petra Pawelskus, MOBIT, Thüringen

8. Rückenstärkung für Couragierte

Was bringen Leitbilder und Hausordnungen?

„Leitbilder haben eine Aussage nach innen und außen. Sie stärken den Mitarbeitern den Rücken, wenn sie bestimmte Werte vertreten, helfen ihnen beim Argumentieren und informieren Außenstehende, dass die Mitarbeiter sich eine Meinung gebildet haben."

Sabine Hammer, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, Berlin

Leitbilder genießen nicht gerade den besten Ruf: Für manche sind sie nur „reine Absichtserklärungen" ohne praktische Relevanz. Doch für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus oder anderen „–ismen" haben sie sich aus verschiedenen Gründen als sehr sinnvoll erwiesen. In der Wirtschaft und bei öffentlichen Unternehmen gibt es vergleichbare Betriebsvereinbarungen, die den Umgang mit ausgrenzenden oder rassistischen Äußerungen regeln. Im Kitabereich haben viele Einrichtungen in den letzten Jahren entsprechende Leitbilder erarbeitet oder bestimmte Aussagen in ihre pädagogische Konzeption aufgenommen.

Für viele Mitarbeiter ist es leichter, mit rechten Eltern zu sprechen, wenn sie dabei nicht nur ihre eigene Meinung vertreten müssen, sondern auch auf ein entsprechendes Leitbild der Einrichtung verweisen können. Die Mitarbeiter wissen dann, dass sie auch Rückendeckung von der Leitung, vom Träger und vom Team bekommen und sogar einfordern können. „Wenn in einer Einrichtung dagegen ein Grundkonsens über Werte fehlt, wird eine Meinungsverschiedenheit von außen leichter als persönlicher Konflikt unter Kollegen wahrgenommen", hat Reinhard Koch von der ARUG in Niedersachsen erlebt. „Die Mitarbeiter oder Eltern, die rechte Parolen oder Haltungen als erste thematisieren, gelten anderen, weniger informierten Kollegen dann manchmal als übersensibel."

Die Erarbeitung eines Leitbildes ist eine gute Gelegenheit zur Selbstverständigung und gemeinsamen Positionsfindung: Wie arbeiten wir? Welche Werte, pädagogischen Grundsätze und Regeln fairen Umgangs miteinander sind uns wichtig? Koch empfiehlt, den Eltern das Leitbild oder Konzept der Einrichtung beim ersten Informationsgespräch vorzulegen und es zusammen mit dem Betreuungsvertrag unterschreiben zu lassen: „Der Betreuungsvertrag kann auch einen entsprechenden Passus enthalten, z.B.: ‚Das pädagogische Konzept der Einrichtung ist mir bekannt. Ich verpflichte mich, im Sinne dieses Konzeptes mit der Einrichtung zusammen zu arbeiten.'"

Sinnvoll ist auch, das pädagogische Konzept oder Leitbild in Bewerbungsgesprächen zum Thema zu machen: „Man kann die Bewerber fragen, welche Ideen sie haben, wie man das Konzept im Kita-Alltag umsetzen und diese Werte mit Leben erfüllen könnte. Dabei merkt man ein bisschen was über den Hintergrund der künftigen Mitarbeiterin und ob sie ins Team und die Einrichtung passt", so Reinhard Koch. „Wenn sich dann später doch herausstellt, dass man es mit einem Extremisten zu tun hat, der dieses Konzept wohl kaum glaubwürdig mit umsetzen kann, dann kann man eine entsprechende arbeitsrechtliche Argumentation besser unterfüttern." Rechtsextreme werden sich auch nicht vorrangig in Kitas bewerben, die von ihren Mitarbeitern verlangen, ein solches Leitbild umzusetzen.

Es ist wichtig, dem Team nicht einfach von oben ein fertiges Leitbild „überzustülpen", sondern es gemeinsam zu erarbeiten, damit es auch alle vertreten können. Für diesen Prozess sollte man ein Zeitfenster außerhalb des Kita-Alltags schaffen. Denkbar ist auch, Eltern in einen Diskussionsprozess über Werte und Regeln in der Kita einzubinden, vor allem dann, wenn eine Mehrheit der Eltern das Auftreten einzelner rechter Personen in der Kita ablehnt oder sich dadurch verunsichert fühlt.

Beispiele für Leitbilder:

Im Folgenden finden Sie einige Auszüge aus Leitbildern und pädagogischen Konzeptionen verschiedener Einrichtungen, die als Anregung dienen können:

„In unserer Kindertagesstätte ist jeder willkommen! Bei uns begegnen sich Kinder und Erwachsene unterschiedlicher sozialer Herkunft, Nationalität, Kultur und Religion. Kinder erleben in der Kindertagesstätte Aufgeschlossenheit gegenüber anderen Menschen. Das Zusammenleben mit Menschen unterschiedlicher kultureller und religiöser Herkunft erleben wir als bereichernd und selbstverständlich. Die Offenheit für und die Achtung vor anderen Kulturen werden in unserer Einrichtung gelebt."

Konzeption der Integrativen Kindertagesstätte Knirpsenland der AWO in Rudolstadt[4]

Grundsätzlich ist jedes Kind in unseren Einrichtungen willkommen und wird entsprechend seiner individuellen Einzigartigkeit wahr- und angenommen... Vielfalt bildet Lebenswirklichkeit ab. Daher sollen sich die Kinder in ihrer Verschiedenheit (Persönlichkeit, Geschlecht, körperliche Merkmale, Familienkonstellation, Familienkultur, Traditionen, Muttersprache, Religion etc.) wahrnehmen und entfalten können...

Selbstverständlich gehört für uns die Förderung und Betreuung von Kindern mit Beeinträchtigungen zu unserem Alltag und alle Pädagoginnen fühlen sich dafür verantwortlich. Kinder mit Beeinträchtigungen haben dieselben Bedürfnisse und Wünsche wie alle Kinder. Es liegt an uns, sie in ihrer Entwicklung zu unterstützen und unbefangen mit ihnen umzugehen. Daher passen wir unsere organisatorischen, pädagogischen und räumlichen Strukturen an die besonderen Bedürfnisse dieser Kinder individuell an...

Die Kinder unserer Einrichtungen kommen aus verschiedenen Kulturen, mit ganz unterschiedlichen familiären Hintergründen. Diese Vielfalt findet sich natürlich in den Werten, Lebensstilen und Weltanschauungen wieder. Für die Kindertagesstätten ist dies Grundlage ihrer Arbeit, da sie familienergänzend/-unterstützend arbeiten und die Unterschiede der Kinder und ihrer Familien wertschätzen.

Rahmenkonzeption Kindertagesstätten des Berliner Vereins Sehstern e.V.[6]

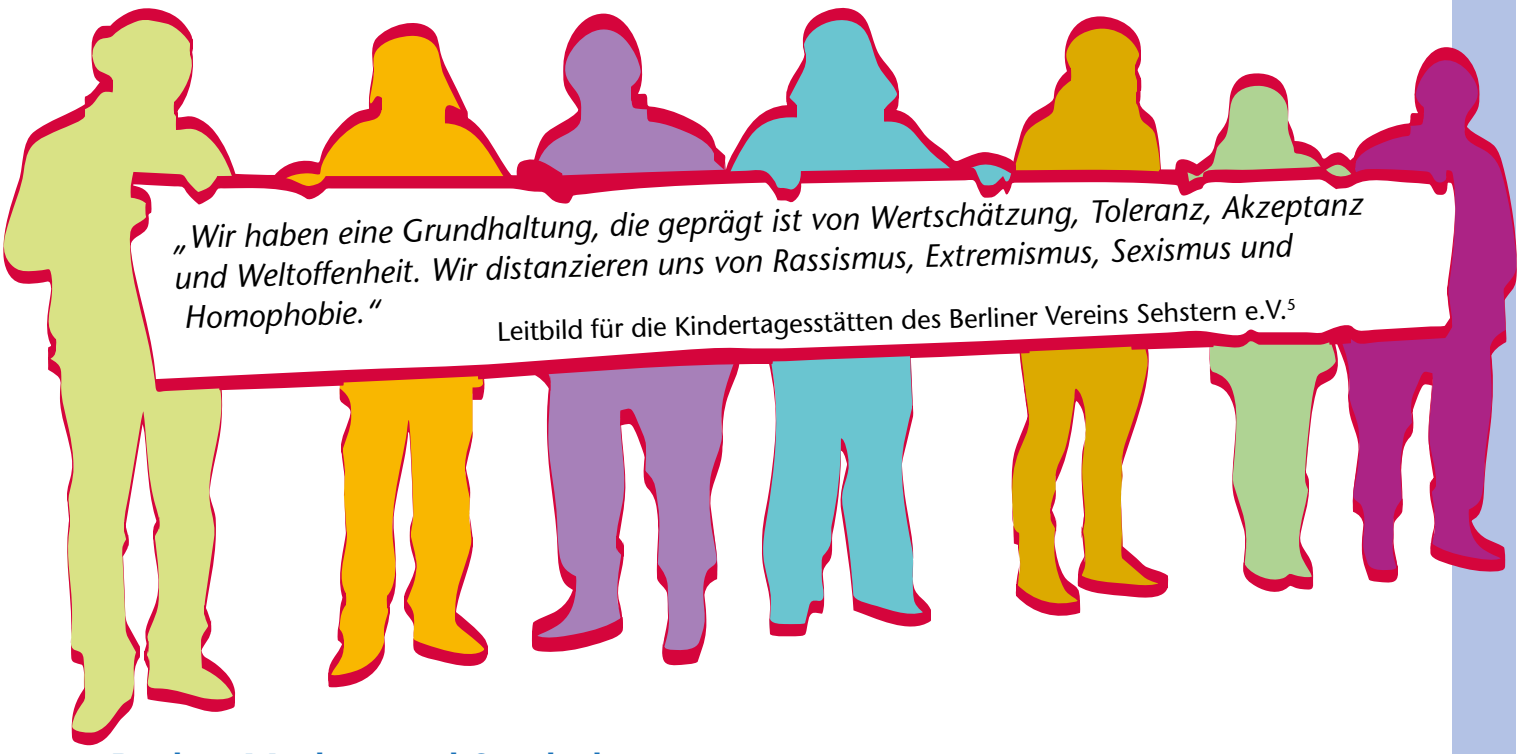
Unser Handeln wird bestimmt durch die Werte unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Die Basis unserer pädagogischen Arbeit sind Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichwertigkeit und Gerechtigkeit.

Wir folgen dem Anspruch des Einzelnen auf Chancengleichheit, der rechtlichen Gleichstellung der Geschlechter sowie der weltanschaulichen oder religiösen Bekenntnisfreiheit.

Wir lehnen jegliche Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer ethischen oder sozialen Zugehörigkeit, ihres Geschlechtes, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer körperlichen, geistigen oder seelischen Fähigkeiten ab.

Die Gleichwertigkeit aller Menschen ist für uns Grundlage und Verpflichtung. Personen, die Mitglied der NPD und anderer rechtsextremistischer Gruppierungen sind oder sich für deren Ziele engagieren, auch ohne Mitglied dieser Partei oder Gruppierung zu sein, sowie Mitglieder anderer, verfassungsfeindlicher Organisationen, die dem Gedanken der Gleichwertigkeit aller Menschen entgegenstehen, sind in …. (den jeweiligen Mitwirkungsgremien) nicht erwünscht.

Empfehlungen des Regionalzentrums für demokratische Kultur Landkreis und Hansestadt Rostock



„Wir haben eine Grundhaltung, die geprägt ist von Wertschätzung, Toleranz, Akzeptanz und Weltoffenheit. Wir distanzieren uns von Rassismus, Extremismus, Sexismus und Homophobie."

Leitbild für die Kindertagesstätten des Berliner Vereins Sehstern e.V.[5]

Rechte Marken und Symbole über die Hausordnung verbieten?

Auch entsprechende Hausordnungen, die gut sichtbar in der Einrichtung ausgehängt werden, können zu einem angst- und diskriminierungsfreien Klima beitragen. Kitas können dort beispielsweise festschreiben, dass abwertende und ausgrenzende Verhaltensweisen, menschenverachtende Äußerungen oder Drohungen in ihren Räumen nicht akzeptiert werden. „Erzieher wünschten sich häufig einen Passus in der Hausordnung als Argumentationshilfe, damit sie sich auf eine allgemeine Regel berufen können", hat Nicole Schneider von MOBIT erlebt. „Manche Kitas können sich mit einem allgemein formulierten Antidiskriminierungspassus besser anfreunden, andere entscheiden sich für ein klares Verbot einzelner Marken und Zeichen. Wichtig ist die Botschaft: Hier ist Schluss, hier bestimmen wir. Das hat häufig schon abschreckende Wirkung", so Nicole Schneider.

Ein Verbot einzelner Kleidungsmarken über die Hausordnung wird allerdings kontrovers diskutiert. Sabine Hammer von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) rät etwa davon ab, in der Hausordnung einzelne Marken pauschal zu verbieten. „Dafür ändert sich die Bedeutung und die Verwendung der Marken zu schnell. Empfehlenswert ist zu formulieren, dass Aussagen, Kleidung und Symbole mit menschenverachtendem, rassistischem oder rechtsextremem Inhalt nicht erlaubt sind." Die Erfahrungen, die Schulen, Fußballstadien oder Landtage mit dem Verbot einzelner Kleidermarken gemacht haben, sind nicht eins zu eins auf die Situation von Kindertagesstätten übertragbar. Pauschale Verbote legaler Kleidungsmarken sind zudem rechtlich angreifbar.

Auch wer ein pauschales Verbot rechtsextremer Symbole in die Hausordnung schreibt, kommt trotzdem nicht umhin, in jedem Einzelfall zu prüfen, ob ein bestimmtes Zeichen tatsächlich rechtsextreme oder rassistische Botschaften transportiert und muss sich dann mit dem Träger auseinandersetzen. Vor allem letzteres kann unter Umständen produktiver sein als ein Verbot. Denn ein offenes, diskriminierungsfreies Klima in einer Einrichtung entsteht nie durch Hausordnungen allein. Es braucht vor allem Menschen, die sie umsetzen, aktiv für bestimmte Werte eintreten und klar kommunizieren, dass bestimmte Botschaften in der Kita nicht erwünscht sind.

Deshalb ist es sinnvoll, beispielsweise in der Hausordnung anzukündigen, dass die Mitarbeiterinnen ihre eigenen Grundsätze bei Bedarf aktiv gegen Dritte vertreten werden. Die ver.di-Jugendbildungsstätte Berlin-Konradshöhe e.V. formuliert das in ihrem Kodex beispielsweise so:

„Wir tolerieren keine Diskriminierung und Gewalt bei uns im Haus. Wir greifen ein, wenn wir rassistische, sexistische, antisemitische, homo- oder transphobische Äußerungen hören..."[7]

Kodex der ver.di-Jugendbildungsstätte Berlin-Konradshöhe e.V

9. Was braucht das Team?

Hilfen für die Mitarbeiterinnen

Beim Thema Rechtsextremismus ist das ganze Team gefragt und auch der Kita-Träger sollte frühzeitig informiert und eingebunden werden, da das Team Rückendeckung braucht.

Es gibt Fälle, wo in solchen Belastungssituationen das gegenseitige Vertrauen im Team gelitten hat, weil nicht rechtzeitig über Beobachtungen kommuniziert und keine gemeinsame Position entwickelt wurde.

„Teams brauchen einen zeitlichen Rahmen, in dem sie sich ausschließlich mit diesem Thema beschäftigen und es nicht in Konkurrenz zu den vielen anderen Themen steht, mit denen sie sich sonst noch auseinandersetzen müssen“, resümiert Jörn Didas vom Adolf-Bender-Zentrum. Besonders wichtig ist ein solches Zeitfenster, wenn das Team einen unterschiedlichen Informationsstand und eine unterschiedliche Wahrnehmung der Vorgänge hat.

„Auch Ängste sind in solchen Situationen eigentlich immer Thema“, hat Danilo Starosta vom Kulturbüro Sachsen erlebt: „Wenn wir das ansprechen und es bekannt wird, bekommen wir dann den Ruf weg, eine Nazi-Kita zu sein? Und bekommen wir Stress mit diesen Leuten, wenn wir uns mit Ihnen auseinandersetzen?“ Starosta empfiehlt, solche Ängste zu thematisieren: „Man muss im Team Befürchtungen aussprechen können und gemeinsam überlegen, was man macht, wenn das eintritt. Und es gibt wichtige Fragen zu klären und Absprachen zu treffen: Wer gibt wem Sicherheit? Wie kann man dir die Ängste nehmen? Wer bekommt das Mandat, für uns zu sprechen?“

Wenn sich im Team keine Einigkeit abzeichnet, haben Einrichtungen gute Erfahrungen mit Team-Supervision gemacht. Wenn es noch großen Informationsbedarf gibt, hilft Teams oft ein fachlicher Input von außen, etwa zu aktuellen Erscheinungsformen von Rechtsextremismus, um besser ins Gespräch zu kommen und Beobachtungen besser bewerten können.

Schwierige Gespräche mit rechten Sprücheklopfern sollte man besser zu zweit oder zu dritt führen. „Manche Erzieherinnen hatten die Idee, das in Form einer netten Kaffeerunde zu machen. Das entspannt erst mal alle Beteiligten und es können mehrere Erzieherinnen und die Leiterin dabei sein. Dann redet man erst mal über positive Entwicklungen beim betreffenden Kind und arbeitet sich dann freundlich zu den schwierigeren Gesprächsthemen vor“, erzählt Danilo Starosta.

Wenn es um organisierte Rechtsextreme oder aggressiv argumentierende Personen geht, die zudem vielleicht noch am selben kleineren Ort wohnen wie die Erzieher, kann man eine leitende Mitarbeiterin des Kita-Trägers von außerhalb bitten, das Gespräch mit den Eltern zu führen. Bei Schwierigkeiten mit solchen Personen hilft es, wenn die betroffene Kita sich vor Ort breit vernetzt und sich Unterstützung organisiert. Das verhindert, dass man sich mit dem Problem allein fühlt und macht den Extremisten klar, dass sie hier nicht mehrheitsfähig sind.

Wo ein guter Teamgeist herrscht, können die Mitarbeiter solche Belastungsproben stemmen und wachsen im Idealfall dadurch noch besser zusammen. In Teams, wo das nicht der Fall war, gab es in solchen Druck-Situationen dagegen eine hohe Fluktuation. Besonders für Einrichtungen, in deren Umfeld viele Rechte wohnen oder aktiv sind gilt: Das Team sollte sich in weniger krisenhaften Zeiten auf mögliche Herausforderungen vorbereiten, statt in einer Krise kopflos zu agieren.

10. Bei uns sind alle willkommen!

Pädagogische Konzepte der Vielfalt und Inklusion

Viele Kindertagesstätten setzen rassistischen und rechtsextremen Botschaften inhaltlich viel entgegen: Sie arbeiten beispielsweise mit Kindern spielerisch zum Thema Vorurteile, fördern die Entwicklung von Empathie und wählen Bücher und Spielmaterialien gezielt so aus, dass diese die Vielfalt der modernen Gesellschaft erlebbar machen.

Gute Erfahrungen haben viele Kitas hier beispielsweise mit dem Ansatz der vorurteilsbewussten Erziehung gemacht: Dabei werden Kinder angeregt, über Diskriminierung und Vorurteile kritisch nachzudenken. Ab einem Alter von vier Jahren bringen Kinder in ihren Spielen Erfahrungen mit eigener und fremder Macht zum Ausdruck und bilden sich Urteile darüber, was „fair“ und „unfair“ ist. Kinder erfahren sich als Teil der Verhältnisse und stellen diese von sich aus in Frage. Auf dieser Grundlage können Erwachsene sie dabei unterstützen, eine Sprache für diese Beobachtungen zu entwickeln und sich gemeinsam mit anderen gegen einseitige oder diskriminierende Verhaltensweisen zur Wehr zu setzen.

Die Fachstelle Kinderwelten am Institut für den Situationsansatz der Freien Universität Berlin bietet seit mehreren Jahren Beratung und Weiterbildungskurse zur vorurteilsbewussten Bildung und Erziehung an. Dabei kommen unter anderem auch „Persona Dolls“ zum Einsatz, besondere Puppen, die für den Austausch mit Kindern über Vorurteile und Erfahrungen von Ausgrenzung konzipiert wurden. Die Arbeit mit diesen Puppen ermöglicht einen guten Zugang zu den unterschiedlichen Familienwelten der Kinder. Sie bietet ihnen Möglichkeiten, über ihr Leben und ihre Erfahrungen zu sprechen und regt sie an, sich in andere hineinzuversetzen. Gerade Kinder ausländischer Herkunft und behinderte Kinder müssen in ihrer Identitätsentwicklung häufig die Botschaft verarbeiten, auffällig zu sein, nicht selbstverständlich dazuzugehören. Sie werden oft verunsichert und entmutigt, weil ihr Wissen und ihre Erfahrungen, beispielsweise ihre Kenntnisse der Herkunftssprache und Familienkultur, in ihrem sonstigen Umfeld nicht ernst genommen oder sogar abgewertet werden.

Damit diese Kinder das Bildungsangebot der Kita optimal für sich nutzen können, ist es wichtig, dass sie sich in der Einrichtung positiv gespiegelt sehen. Hier spielt die Auswahl von Kinderbüchern und Spielmaterialien eine wichtige Rolle, aber auch die Zusammensetzung des Teams, die Ausgestaltung der Räume und die Themen, die in der Kita besprochen werden. Aber auch die anderen Kinder können sich freier entfalten, übernehmen weniger Stereotypen und ahmen weniger Diskriminierungen nach, wenn sie einen zustimmenden und fairen Umgang mit unterschiedlichen und zunächst fremd erscheinenden Lebenswelten kennen gelernt haben.

Der Verband binationaler Familien hat beispielsweise Empfehlungen für Spielmaterialien und Bücher zusammengestellt, die Identifikationsmöglichkeiten für nicht-weiße Kinder bieten. Auch die Fachstelle Kinderwelten hat Empfehlungen für Bücher erarbeitet, die Kinder anregen können, über Vorurteile und Diskriminierung nachzudenken. (→ Anhang). Beide Zusammenstellungen konzentrieren sich auf Bücher, die die kulturelle, sprachliche und religiöse Vielfalt in unserer Gesellschaft spiegeln und die Lebenswelt verschiedener Kinder frei von Klischees darstellen. So wird etwa Wert darauf gelegt, dass Kinder aus Zuwandererfamilien in den Büchern nicht auf ihr Herkunftsland reduziert und damit als Exoten dargestellt werden, sondern deutlich wird, dass die Familie ihren Lebensmittelpunkt hier hat. Einige Bücher greifen Konflikte im Zusammenleben auf und spielen Lösungsmöglichkeiten durch.

Solche Bücher und Spielmaterialien können die vorhandene Ausstattung der Kita bereichern und Anlässe bieten, um mit Kindern ins Gespräch zu kommen über eine vielfältiger werdende Gesellschaft - ein Thema, das viele Kinder durchaus wahrnehmen, reflektieren und sogar spannend finden. Eine solche Arbeitsweise ist auch ein klares Signal nach außen, dass abwertende und ausgrenzende Botschaften in dieser Einrichtung keinen Raum finden.

Anhang

Quellenangaben

[1] Umgang mit rechtsextremen Besucher/innen bei öffentlichen und nicht-öffentlichen Veranstaltungen. Eine Handreichung der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin“ (MBR) mit freundlicher Unterstützung des „Kulturbüro Sachsen“ und des „Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) Sachsen“, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR), c/o Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK), www.mbr-berlin.de/rcms_repos/attach/Umgang_2006.pdf, abgerufen am 10.12.2014

[2] Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern vom 31.03.2009, www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2009/mitMarginalspalte/03/verbot_hdj.html, abgerufen am 08.12.2014

[3] zitiert nach Röpke/ Speit, 2011, S. 205

[4] Konzeption der Integrativen Kindertagesstätte Knirpsenland der AWO in Rudolstadt, www.awo-rudolstadt.de/downloads/Knirpsenland/Konzept.pdf

[5] Leitbild Kindertagesstätten 2014, SEHstern e.V., Berlin, www.sehstern-ev.de

[6] Rahmenkonzeption Kindertagesstätten 2014, SEHstern e.V., Berlin, www.sehstern-ev.de

[7] Kodex der ver.di-Jugendbildungsstätte Berlin-Konradshöhe e.V. www.verdi-bildungsstaette.de/71-0-Unser-Kodex.html, abgerufen am 10.12.2014

Literatur zum Weiterlesen

Versteckspiel. Lifestyle, Symbole & Codes von Neonazis und extrem Rechten, Agentur für soziale Perspektiven (Hg.), 13. Auflage, Berlin 2013, www.dasversteckspiel.de

Ferien im Führerbunker. Die neonazistische Kindererziehung der „Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ)“, Andrea Röpke, Bildungsvereinigung Arbeit und Leben (Hg.), 2. erweiterte und überarbeitete Auflage (inklusive Filmdokumentation zur HDJ), Braunschweig 2008

Die geführte Jugend - Kindererziehung von rechts, Andrea Röpke, Bildungsvereinigung Arbeit und Leben (Hg.), Reihe „Kompetente Konzepte für Demokratie und Toleranz“, Band 9, Braunschweig 2010

Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene, Andrea Röpke, Andreas Speit, Christoph Links Verlag, Berlin 2011

Kindeswohl im Spannungsfeld von (neo)nazistischen Familien und staatlichem Fürsorgeanspruch, Kati Lang, in: Elternarbeit im Spannungsfeld Rechtsextremismus. Erfahrungen und Perspektiven, Kulturbüro Sachsen (Hg.), Dresden 2010, S. 41-51

Arbeitsrechtliche Sanktionsmöglichkeiten bei aktiver Unterstützung einer rechtsextremen Organisation, Fabian Geyer, in: Fachanwalt Arbeitsrecht, Zeitschrift für die beratende und die gerichtliche Praxis, Heft 4/ 2012, S. 101

Der frühe Vogel fängt den Wurm!? Soziales Lernen und Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Kindergarten und Grundschule, Peter Rieker (Hg.), Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Deutsches Jugendinstitut, Außenstelle Halle 2004

Fair in der Kita. Dokumentation des Projektes „Antidiskriminierungspädagogik für ErzieherInnen und SozialpädagogInnen. Ein Modellprojekt für Sachsen.“, Antidiskriminierungsbüro Sachsen (Hg.), Leipzig 2010

Demokratie ist (k)ein Kindergeburtstag. Handreichung für Kindertagesstätten im Umgang mit Rechtsextremismus, Anne-Rose Wergin, Amadeu Antonio Stiftung, 2011

Umgang mit rechtsextremen Besucher/innen bei öffentlichen und nicht-öffentlichen Veranstaltungen. Eine Handreichung der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin“ (MBR) mit freundlicher Unterstützung des „Kulturbüro Sachsen“ und des „Netzwerk für Demokratie und

Courage (NDC) Sachsen“, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR), c/o Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK) www.mbr-berlin.de/rcms_repos/attach/Umgang_2006.pdf, abgerufen am 10.12.2014

Das Buch gegen Nazis. Rechtsextremismus – Was man wissen muss und wie man sich wehren kann, Holger Kulick, Thoralf Staudt (Hg.), Kiepenheuer & Witsch, Köln 2009

Empfehlungen für vorurteilsbewusste Kinderbücher, Verleih von Bücherkisten, Fachstelle Kinderwelten für Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung, Institut für den Situationsansatz in der INA gGmbH an der Freien Universität Berlin Download und Bestellung unter: www.kinderwelten.net, abgerufen am 10.12.2014

Handbuch Inklusion. Grundlagen vorurteilsbewusster Bildung und Erziehung, hg. v. Petra Wagner, Freiburg i.B. 2013

Interkulturelle Kinderbücher. Erläuterungen und Empfehlungen, Verband Binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V., Landesgeschäftsstelle NRW, 2012
Download und Bestellung unter: www.verband-binationaler.de, abgerufen am 10.12.2014

Positivliste für vorurteilsbewusstes Spielzeug, Verband Binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V., Landesverband Hamburg, 2014
Download unter: www.verband-binationaler.de, abgerufen am 10.12.2014

Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus

Das Bundesfamilienministerium fördert in allen 16 Bundesländern Beratungsnetzwerke, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit engagieren und bei Bedarf Beratungen vermitteln.

Baden-Württemberg

Landeskoordinierungsstelle „kompetent vor Ort“, c/o Jugendstiftung Baden-Württemberg, Schlossstr. 23, 74372 Sersheim, Tel.: 07741 68 77 34, beratungsnetzwerk@jugendstiftung.de

Bayern

Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus, c/o Bayerischer Jugendring, Herzog-Heinrich-Str. 7, 80336 München, Tel.: 089 51 458 - 38, www.lks-bayern.de, lks@bjr.de
→ Elternberatung: 0151 23 61 77 82, elternberatung@lks-bayern.de

Berlin

Berliner Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“, c/o Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung, Oranienstr. 106, 10969 Berlin, Tel.: 030 90 28 - 18 66, www.berlin.de/lb/ads, antidiskriminierungsstelle@senaif.berlin.de
→ Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR), Chausseestraße 29, 10115 Berlin, Tel.: 030 24 04 54 30, www.mbr-berlin.de, info@mbr-berlin.de
→ Projekt ElternStärken, pad gGmbH, Ahrenshooper Straße 7, 13051 Berlin, Tel.: 030 99 27 05 55, www.licht-blicke.org/elternstaerken2, post@licht-blicke.org

Brandenburg

Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“, c/o Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, Tel.: 0331 86 63 5 - 60, - 62, www.tolerantes.brandenburg.de, tolerantes.brandenburg@mbjs.brandenburg.de
→ Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Brandenburg e.V., Benzstraße 11/12, 14482 Potsdam, Tel. 0331 74 78 0 – 0, www.raa-brandenburg.de, info@raa-brandenburg.de

Bremen

Pro aktiv gegen Rechts - Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven, Beratungsstelle für Bremen und Bremerhaven, Tel.: 0421 36 11 56 72, Mobil: 0176 52 33 33 14, www.pro-aktiv-gegen-rechts.bremen.de, pro-aktiv-gegen-rechts@soziales.bremen.de
Landeskoordinierungsstelle, Contrescarpe 72, 28195 Bremen, Tel.: 0421 36 15 93 11, lks@soziales.bremen.de

Hamburg

Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus, Landeskoordinierungsstelle (Erstkontaktstelle), c/o Johann Daniel Lawaetz-Stiftung, Neumühlen 16 – 20, 22763 Hamburg, Tel.: 040 42 86 3 – 36 25, www.hamburg.de/landeskoordinierungsstelle, bnw-hamburg@lawaetz.de

Hessen

beratungsNetzwerk hessen - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus, Wilhelm-Röpke-Str. 6, 35032 Marburg, Tel.: 06421 – 28 21 11 0, www.beratungsnetzwerk-hessen.de, kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern

Beratungsnetzwerk Demokratie und Toleranz, Landeskoordinierungsstelle, c/o Landeszentrale für politische Bildung, Jägerweg 2, 19053 Schwerin, Tel. 0385 30 20 9 - 14, - 35, www.mv-demokratie.de
→ Regionalzentrum für demokratische Kultur Landkreis und Hansestadt Rostock, c/o Evangelische Akademie der Nordkirche, Konrad-Zuse-Straße 1a, 18184 Roggentin, Tel.: 0381 40 31 76 2, Mobil: 0172 60 30 61 8, demokratiebildung.mv@akademie.nordkirche.de

Niedersachsen

Landeskoordinierungsstelle, c/o Landespräventionsrat Niedersachsen, Tel.: 0511 12 27 13 7, Mobil: 0176 10 19 64 49, www.lpr.niedersachsen.de, nilako@lpr.niedersachsen.de
→ Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG), Bohlweg 55, 38100 Braunschweig, Tel.: 0531 12 33 6 – 42, www.arug.de, info@arug.de

Nordrhein-Westfalen

Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus im MFKJKS Nordrhein-Westfalen, Tel: 0211 83 72 46 7, juergen.schattmann@mfkjks.nrw.de, www.mfkjks.nrw.de/ministerium/rechtsextremismuspraevention

Rheinland-Pfalz

Landeskoordinierungsstelle Beratungsnetzwerk, c/o Landesjugendamt, Tel.: 06131 96 71 85, www.beratungsnetzwerk-rlp.de, beratungsnetzwerk@lsjv.rlp.de

Saarland

Landeskoordinierungsstelle, c/o Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Dirk Hübschen, Franz-Josef-Röder-Straße 23, 66119 Saarbrücken, Tel.: 0681 50 17 26 0, www.beratungsnetzwerk.saarland.de, +d.huebschen@soziales.saarland.de
→ Fachberatungsstelle Adolf-Bender-Zentrum, Tel.: 06851 80 82 79 4, www.adolfbender.de, joern.didas@adolf-bender.de

Sachsen-Anhalt

Landeskoordinierungsstelle, c/o Ministerium für Arbeit und Soziales, Bereich Integration und Prävention von Rechtsextremismus, Martin Bollmann, Turmschanzenstraße 25, 39114 Magdeburg, Tel: 0391 56 74 67 1, www.ms.sachsen-anhalt.de, martin.bollmann@ms.sachsen-anhalt.de

Sachsen

Landeskoordinierungsstelle, Sächsisches Ministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Albertstr. 10, 01099 Dresden, Tel: 0351 56 45 52 6, www.beratungsnetzwerk-sachsen.de, friedemann.beyer@sms.sachsen.de
→ Fachcoaching: Fachstelle Jugendhilfe - Demokratiewerte gegen Rechtsextremismus, Danilo Starosta, Bautzner Str. 45, 01099 Dresden, Tel.: 0351 56 35 56 30, www.kulturbuero-sachsen.de, danilo.starosta@kulturbuero-sachsen.de

Schleswig-Holstein

Landeskoordinierungsstelle, Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel, Tel.: 0431 98 83 13 0, www.beranet-sh.de, info@beranet-sh.de

Thüringen

Landeskoordination, c/o Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit, Referat Jugendpolitik, Werner-Seelenbinder-Str. 6, 99096 Erfurt, Tel.: 0361 37 98 77 3
→ MOBIT – Mobile Beratung in Thüringen, Pfeiffersgasse 15, 99084 Erfurt, 0361 21 92 69 4, www.mobit.org, mail@mobit.org

Danksagung

Diese Broschüre wäre ohne die Unterstützung, enge Kooperation und das Engagement von vielen Menschen nicht möglich gewesen. Nicht alle möchten namentlich genannt werden, aus bekannten Gründen.

Wir sind besonders der Pankower Gleichstellungsbeauftragten Heike Gerstenberger und Hanns Wienold für die stets verlässliche und motivierende Unterstützung dankbar. Ein herzliches Dankeschön geht an unsere Berliner Kooperationspartnerinnen für die Fortbildung Eva Prausner, Projekt ElternStärken; Sabine Hammer, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus und die Pankower Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus [moskito].

Für Informationen, Hinweise und angeregten Austausch möchte wir uns bedanken bei Reinhard Koch, Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt in Niedersachsen; Nicole Schneider und Petra Pawelskus, Mobile Beratung Thüringen; Danilo Starosta, Kulturbüro Sachsen; Helga Hanusa, Elternberatung der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus; Rainer Spangenberg, Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie, Brandenburg; Jörn Didas, Adolf-Bender-Zentrum, Saarland, und der Agentur für soziale Perspektiven in Berlin.

„Im Vergleich zu den Neunzigern ist es vielerorts selbstverständlicher geworden, dass Leute sich gegen Rechts behaupten und dass auch pädagogische Einrichtungen Position beziehen. Damit sind einzelne Rechtsextreme eine deutlich geringere Gefahr als früher."

Rainer Spangenberg, RAA Brandenburg

„Wir haben eine Grundhaltung, die geprägt ist von Wertschätzung, Toleranz, Akzeptanz und Weltoffenheit. Wir distanzieren uns von Rassismus, Extremismus, Sexismus und Homophobie."

Leitbild für die Kindertagesstätten des Berliner Vereins Sehstern e.V.

Bildungswerk Berlin
der Heinrich-Böll-Stiftung

Umverteilen!
Stiftung für eine, solidarische Welt

Frauenbeirat Pankow

NETZWERK
der politische Förderfonds